



Dort sollen für die Folge die Fragen und Arbeiten beraten werden, die dazu dienen, die materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder auf die Höhe vernunftgemäßer Normen zu führen.

Wer wollte da nicht mitun, so lange er noch Anspruch darauf erhebt, Arbeiter und Mensch zu sein!

Sollte die gesunde Vernunft nicht stärker sein, als die Bedenken ängstlicher, wenn auch ehrlicher Gemüter, die da meinen, der Turm gerät ins Wanken, wenn Stück für Stück erneuert wird.

Wir wissen die Vorsicht unsrer alten Mitkämpfer wohl zu schätzen. Wird dieselbe aber zu weit geübt, dann bildet sie ein Hindernis, das häufig zum größten Schaden gereicht. Prüfe ein jeder den jetzigen Zustand, er wird und muß zu der Ueberzeugung gelangen:

„Vorwärts, denn Stillstand ist Rückgang!“

S. Schubert.

### Aus der Bewegung des Personals der Berliner städtischen Kranken- und Irrenhäuser.

Die Organisierung des Personals, welches in Kranken- und Irrenhäusern beschäftigt wird, ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft.

Zunächst herrscht in diesen Anstalten bezüglich der Beschäftigten eine gewaltige Mutation, welche hauptsächlich auf die äußerst traurigen Gehalts- und Dienstverhältnisse zurückzuführen ist. (Siehe Nr. 21 1903 der „Gewerkschaft“.)

Ein fortgeschrittenes Memmen und Geben berührt namentlich bei dem Pflege- und Dienstpersonal. Arbeitslose aller möglichen Verufe finden, wenn ihre materielle Lage unhaltbar geworden ist, in diesen Anstalten Unterkunft, um ihnen sobald wie irgend möglich wieder den Rücken zu kehren.

Dann kommt die Beschränkung der persönlichen Freiheit hinzu. Das Personal darf auch während der dienstfreien Zeit die Anstalten ohne Urlaub nicht verlassen und so werden hier durch der Organisationsarbeit große Hindernisse in den Weg gelegt.

Trotz alledem muß aber die Organisierung auch dieser Kollegen und Kolleginnen betrieben werden. Einmal ist die Zahl der in Frage kommenden Personen nicht unerheblich. Die Berliner städtischen Kranken-, Irren- und Ziechenhäuser beschäftigen ihre ca. 1600 Personen. Andererseits liegt es aber auch im kulturellen Interesse, die Mißstände energisch zu bekämpfen, unter welchen nicht nur die Angestellten, sondern auch die Patienten, namentlich Angehörige der ärmeren Bevölkerungskreise, zu leiden haben.

Nachdem in der Mitte des vergangenen Jahres die Organisation trotz der geschilderten Schwierigkeiten doch einigermaßen Aufgefaßt hatte, die Agitations- und Organisationsarbeiten lagen bisher in Händen des Verbandes vorstandes, beschloß man, in eine Bewegung zur Besserung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse einzutreten.

Am 21. Juni v. J. fand in Berlin die Irrenhäuser liegen in Vororten die erste allgemeine Versammlung des Personals der städtischen Kranken- und Irrenhäuser statt. Diese beschäftigte sich nach einem Referat, welches der Verbandsvorstande vorlegte, mit der Lage der fraglichen Personen, kam zu der Ueberzeugung, daß diese unhaltbar sei, und setzte eine Kommission ein, welche die Verhältnisse eingehend prüfte und positive Vorschläge zur Verbesserung derselben machen sollte.

Die Kommission trat in zwei erweiterten und einer engeren Sitzung ihren Aufgaben näher, arbeitete bestimmte Forderungen aus und unterbreitete dieselben einer weiteren Versammlung, welche am 23. September stattfand.

Diese Versammlung akzeptierte die aufgestellten Forderungen und beschloß, dieselben den städtischen Behörden in der Form von Petitionen zu unterbreiten.

Um aber den Kollegen und Kolleginnen, welche durch den Dienst verhindert waren, sich an der allgemeinen Versammlung zu beteiligen, Gelegenheit zu geben, auch ihre Ansichten äußern zu können, wurden im Oktober noch weitere 6 Versammlungen für die einzelnen Anstalten arrangiert. Der Verbandsvorstande Referat hielt in allen diesen Versammlungen das einleitende Referat und erklärte sich auch diese mit den aufgestellten Forderungen einverstanden.

Die Petitionen sind im Dezember den zuständigen Deputationen übermittelt worden.

Die Forderungen des Personals der Krankenanstalten lauten folgendermaßen:

1. Die Gewährung von Kost und Logis seitens der Anstaltsleitung ist abzuschaffen. Das gesamte Personal hat für seine Beköstigung und Logisverhältnisse selbst Sorge zu tragen. Die Gehälter werden dementsprechend erhöht. Auf den Anstalten sind Mastinos zu errichten, welche Speisen usw. verabfolgen.

2. Die tägliche Arbeitszeit des Pflege- und Dienstpersonals beträgt inklusive der Ruhepausen täglich 10 Stunden. Es sind reguläre Arbeitsstunden, Mittags- und Ruhepausen einzuführen.

3. Innerhalb jeder Woche ist dem Personal ein freier Tag zu gewähren. Dieser freie Tag muß jedes zweite Mal auf einen Sonntag fallen.

4. Der Dienstplan resp. die Arbeitsleitung ist von der Anstaltsleitung festzulegen und nicht von unteren Aufsichtsorganen.

5. In den Sommermonaten wird dem Personal ein 14tägiger Urlaub unter Weiterzahlung des Gehalts gewährt.

6. Die Gehälter werden folgendermaßen geregelt:

Pfleger und Hausdiener.

Anfangsgehalt monatlich 90 Mk., Höchstgehalt monatlich 130 Mk.

Leichen-, Apotheken-, Wache-, Operationsdiener, Desinfektoren und Lampen-Installateure.

Anfangsgehalt 100 Mk., Höchstgehalt 140 Mk.

Die genannten Kategorien rekrutieren sich aus dem Pflegepersonal. Die Dienstzeit, welche die fraglichen Personen im Pflegeberuf absolviert haben, ist mit anzurechnen.

Pflegefrauen, Wasch- und Kochmädchen.

Anfangsgehalt 70 Mk., Höchstgehalt 110 Mk. Ueberstunden des Baldschädenpersonals sind mit 30 Proz. Aufschlag zu vergüten.

Reinmache- und Schneefrauen.

Der Tagelohn beträgt 3 Mk.

Mädchen.

Der Tagelohn beträgt 3 Mk.

Heizer.

Anfangsgehalt 120 Mk., Höchstgehalt 160 Mk. Ueberstunden sind in der Woche mit 70 Proz., am Sonntag mit 1 Mk. zu bezahlen.

Die Gehaltszulagen erfolgen für sämtliche Kategorien alljährlich und zwar betragen dieselben bis zur Erreichung des Höchstgebhalts 10 Mk. Die Zulagen werden ohne besonderen Antrag des Personals gewährt.

7. Die tägliche Dienstzeit der Heizer ist 9 Stunden. In den Anstalten mit Tag- und Nachtbetrieb sollen drei Schichten zu je 8 Stunden eingeführt werden.

Die Heizer, welche Sonntagsdienst gehabt haben, erhalten in der Woche einen freien Tag.

8. Die Löhne der Handwerker, Wäcker usw. erfahren eine allgemeine Aufbesserung und werden auf allen Anstalten nach gleichen Grundätzen geregelt, für welche das Dienstmittel maßgebend ist.

9. Einführung von Arbeiterausbüßen.

Die Forderungen werden folgendermaßen begründet:

„In den Verwaltungsberichten der städtischen Kranken- und Irrenhäuser ist wiederholt über den großen Wechsel und die ungenügende Qualifikation des Personals getlagt worden. Diese Uebelstände sind unseres Erachtens nur dadurch zu beseitigen, wenn: 1. die Bildung eines ständigen, städtischen Personals durch Gründung einer eigenen Familie ermöglicht wird, und wenn 2. das Personal ein derartiges Maß von persönlicher Freiheit erhält, wie es heute durchgängig in der Privatindustrie und auch in den anderen städtischen Betrieben aufzuweisen ist.“

Die heutige Praxis bezüglich der Kost- und Logisfrage macht die Bildung eines ständigen, brauchbaren Personals unmöglich, weshalb wir nur durch die vorgeschlagenen Änderungen eine Besserung erhoffen.

Mastinos bitten wir deshalb zu errichten, damit sich das ledige Personal ohne größere Schwierigkeiten Speisen usw. beschaffen kann.

Die gewünschte tägliche Dienstzeit von 10 Stunden entspricht der Arbeitszeit, wie sie in fast allen anderen städtischen Betrieben Berlins für Arbeiter und untere Angestellte aufzuweisen ist. Die Einführung regulärer Pausen haben sich immer mehr und mehr als dringende Notwendigkeit erwiesen und dürfte auch die Durchführung derselben sich leicht ermöglichen lassen.

Der Dienst in den Krankenhäusern ist mühe- und verantwortungsvoll, was auch die Verwaltungsberichte des Magistrats betonen. Seine deprimierenden Wirkungen erfordern eine angemessene Ruhe, soll das Personal nicht in seinen gesundheitlichen Verhältnissen geschädigt werden, weshalb wir die gewünschten Ruhepause, Ruhepausen und Ferien für unbedingt notwendig halten.

Dadurch, daß den unteren Aufsichtsorganen bezüglich des Dienstplanes und der Arbeitsleistung erhebliche Machtbefugnisse zugewiesen sind, entstehen zwischen diesen und dem Personal sehr oft Konflikte schwerer Art, weil erstere ihre Befugnisse öfter in einem Sinne auslegen belieben — private Bedienung usw. — der auch von den oberen Behörden nicht für gut befunden werden dürfte.

Auch die löbliche Deputation wird wohl anerkennen müssen, daß die gewünschten Gehaltsätze keineswegs als hoch bezeichnet werden können.

Bezüglich der Regulierung der Gehälter nach gleichen Prinzipien und dem Dienstalter gestatten wir uns darauf hinzuweisen, daß eine derartige Praxis durchgängig für die Beamten besteht. Aber auch für die Arbeiter diverser städtischer Betriebe ist sie bereits zur Durchführung gelangt, so z. B. bei der Kanalisation, den Wasserwerken usw.

Die gegenwärtige Dienzeit wirkt infolge ihrer Länge und Schwere rüchlos auf die Gesundheit der fraglichen Arbeiter, weshalb die vorgeschlagene Regelung gewünscht wird.

Arbeiterverschüsse wünschen die Petenten aus folgenden Gründen: Bisher besitzen wir keine anerkannten Körperschaften, die den städtischen Behörden in ordnungsgemäßer Weise die Wünsche und Beschwerden des Personals unterbreiten können. In fast allen anderen städtischen Betrieben hat man Arbeiterauschüsse errichtet und hiermit die besten Erfahrungen gemacht. Viele Differenzpunkte, die sehr oft auf Mißverständnisse usw. zurückzuführen waren, sind hier durch sachliche Verhandlungen in den Arbeiterverschüssen geklärt und beseitigt worden, wodurch nur das gute Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeitern gefördert wurde. Bemerkenswert wollen wir noch, daß man auch in den städtischen Irrenhäusern kürzlich Arbeiterauschüsse eingeführt hat.

Die Forderungen des Personals der Irrenhäuser decken sich fast vollständig mit den vorhergehenden.

Die Sonntagsruhe wird hier nur jeden dritten Sonntag gefordert, da zur Bewachung der Irren stets eine größere Zahl des Personals anwesend sein muß; auch erklärt sich darüber bereit, jede dritte oder vierte Nacht innerhalb der Anstalten aus den schon vorher angeführten Gründen zur Meierei zu schlafen. Die Forderung der Arbeiterverschüsse fällt bei dieser Petition weg, da in den Irrenanstalten bereits kürzlich derartige Körperchaften geschaffen wurden.

Betonen wollen wir noch, daß sich in einigen Anstalten das weibliche Personal mit größerer Energie an der Bewegung beteiligte als das männliche, was für die fraglichen Kollegen gerade nicht sehr schmeichelhaft ist.

Spöttlich bleibt die Bewegung nicht ohne Erfolg.

Cecil.

### Wärmestuben in Straßburg i. E.

Viele der in der Stadt beschäftigten Arbeiter, die draußen in den Vororten wohnen, können den manchmal recht weiten Weg nach ihrem Heim während der Mittagsstunde nicht zurück legen und müssen deshalb in der Stadt essen. Im Sommer sind daher die Bänke auf den schattigen Plätzen der Stadt in der Mittagszeit immer dicht besetzt von Männern und Frauen, die ihr Mittagessen verzehren und in der warmen Sonne Einschlafen. Im Winter aber bei 10 Grad Kälte ist selbst ein warmes Mittagessen im Freien „nur nicht's warm's". Die Stadtverwaltung hat darum an drei verschiedenen Stellen in der Stadt Wärmestuben für Arbeiter eingerichtet, die mittags von 11 Uhr geöffnet sind und von denen sich eine in der alten Mairie in der Magenerstraße, die andere in der „Aubette" und die dritte in den nach der Terrasse zu gelegenen Erdgeschloßräumen des Alten Schlosses befindet. Im Gegensatz zu anderen Städten, wo die Wärmestuben den ganzen Tag über geöffnet bleiben, sind die hiesigen Wärmestuben nur in der angegebenen Zeit zugänglich und zwar nicht für jedermann, sondern nur Arbeitern, die kommen, um ihr Mittagessen zu verzehren. „Ableberplastrüder" und verwandte Gewerbe

treibende werden nicht zugelassen; das Auge des Aufsehers, gewöhnlich ein städtischer Pensionär, weiß hier recht gut zu unterscheiden. Es herrscht darum auch in den Wärmestuben ein anständiger Ton; die Leute, Männer und Frauen, sitzen auf Bänken an langen Tischen und verzehren, gemüthlich sich unterhaltend, ihre bescheidenes Mittagmahl, das noch reich aufgewärmt worden ist. Wärme und Sauberkeit machen die an sich schmucklosen Räume zu einem angenehmen Aufenthaltsorte.

### Das Dresdener Stadtverordneten-Kollegium und die städtischen Arbeiter.

(Ein interessanter Schriftwechsel.)

Herrn Johann Lischen

Hier,

Schützengasse 21.

Mittels Schreibens vom 14. Juli d. J. hatten Sie dem Stadtverordneten-Kollegium eine auch an den Rat gerichtete Petition des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten Deutschlands (Zahlstelle Dresden) in 80 Druckabzügen überreicht. Diese sind in der Gesamtsitzung vom 16. Juli an die Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums verteilt worden. In der Petition sind fünf Wünsche enthalten, von denen der erste, „daß die neue Arbeitsordnung in Kraft treten möge", durch die Verabschiedung der „Allgemeinen Arbeiter-Ordnung" für die Stadt Dresden seitens der städtischen Kollegien und durch den Beschluß, diese Ordnung am 1. Januar 1904 in Kraft zu setzen, Erledigung gefunden hat.

Von den übrigen vier Wünschen ist das, was in der Arbeiter-Ordnung Platz finden konnte, in diese aufgenommen worden. Im übrigen gehört es zur Zuständigkeit der ausführenden Behörde, also des Rates, über diese Anliegen selbstständig Entscheidung zu fassen.

Unter dem 12. Oktober d. J. haben Sie nun eine weitere Eingabe an das Stadtverordneten-Kollegium gerichtet, mittels deren Sie eine Resolution der am 12. Oktober im Volkshaus versammelten Arbeiter der Stadtgemeinde Dresden überreichen.

Diese Resolution geht von irrigen Voraussetzungen aus. Im übrigen aber hat der Vorstand der Stadtverordneten beschlossen, Ihnen mitzuteilen, daß er Sie nicht als Bevollmächtigten der städtischen Arbeiter ansehen könne und Ihre etwaigen künftigen Eingaben danach behandeln werde.

Dresden, den 9. Dezember 1903.

Der Vorstand der Stadtverordneten  
gez.: Stöckel, Vorsteher.

Dresden, den 9. Dezember 1903.

An das

hohe Stadtverordneten-Kollegium

zu Dresden.

Vom Verbands der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten Deutschlands Zahlstelle Dresden, bin ich beauftragt, Ihnen auf Ihr gest. Schreiben vom 3. Dezember d. J. die Forderungen der städtischen Arbeiter ergebenst zu unterbreiten, bezw. Irrtümer, die Ihr Schreiben enthält, richtig zu stellen.

Die städtischen Arbeiter haben am 14. Juli d. J. nicht nur eine Eingabe durch ihren Vertrauensmann Joh. Lischen, wie nach Ihrem Schreiben und der Stadtverordnetenmitteilung vom 8. Oktober d. J. anzunehmen wäre, an die Stadtverordneten gerichtet, sondern diese Eingabe ist auch von 1700 städtischen Arbeitern unterschrieben worden. Nach dem Kaiservertratte der städtischen Arbeiter sind Unterzeichner irgend eines Schriftstückes nach dem Gesetze für den Inhalt desselben verantwortlich. Es ist mithin nach Ansicht der Arbeiter ein Irrtum, wenn in der nach den Ferien stattgefundenen Sitzung und nach Ihrem Schreiben vom 3. Dezember nur von dem einen Unterzeichner Johann Lischen die Rede ist.

Die Arbeiter sind um der Meinung, daß hier nur ein Irrtum vorliegen kann, weil die 1700 Unterschriften doch ein ziemliches Pack Papier gaben, von der städtischen Verwaltung auch nicht anzunehmen ist, daß bei derselben ein solches Pack Papier verloren gehen kann, so glauben die Arbeiter anzunehmen zu müssen, daß die 1700 Unterschriften nur verlegt sein können.

Daher richten die städtischen Arbeiter an Sie, Herr Vorsteher, die Bitte, eine Untersuchung nach dem Verbleib der 1700 Unterschriften anstellen zu lassen, und sobald die Existenz der Unterschriften festgestellt ist, aus Loyalität eine öffentliche Verurteilung im Stadtverordneten-Kollegium zu geben, resp. an das Bureau des Gemeindearbeiter-Verbandes, Rügenbergstr. 211, berichten zu lassen.

Ein weiterer Irrtum liegt in dem Satze, „von den übrigen vier Wünschen ist das, was in der Arbeiter-Ordnung Platz finden konnte, in diese aufgenommen worden.“ Der § 16 Abs. 3 der Arbeiter-Ordnung ist vom Ratskollegium nach einer ziemlich scharfen Kritik der gesamten besseren Presse Deutschlands fallen gelassen worden, den aber das Stadtverordneten-Kollegium am 8. Oktober d. Js. als Verschlechterung für die Arbeiter wieder hineingebracht hat. Sie schreiben uns also auch hier etwas zu, was die Arbeiter niemals gewünscht haben.

In der am 12. Oktober im Volkshaus gefassten Resolution, die nach Ansicht der Herren Stadtverordneten und Ihnen, mein Herr Vorsteher, „von irrigen Voraussetzungen ausgegangen sein soll“, bemerke ich, daß die Resolution hauptsächlich auf Ihre am 8. Oktober im Kollegium gebrauchten Worten hin, „es ist nur eine Eingabe von einem Herrn Lischen eingegangen und der ist nicht städtischer Arbeiter“, gefaßt worden ist. Nach meiner heutigen Mitteilung, daß der erwähnten damaligen Eingabe 1700 Unterschriften städtischer Arbeiter beigelegt waren, nehme ich an, Sie werden nun mit mir übereinstimmen, daß nach der Ignorierung der 1700 Unterschriften die deshalb geübte Kritik sehr berechtigt war.

Personlich erlaube ich mir, Ihnen und dem hohen Kollegium mein Bedauern über den in Ihrem Schreiben aufgestellten Rechtsgrundlag auszusprechen, welchen Sie mit der leider unbegründeten Bemerkung Ausdruck geben, mich nicht als Vertreter der städtischen Arbeiter anerkennen zu wollen. Ich bin in der Generalversammlung von den städtischen, über 600 zählenden organisierten Arbeitern einstimmig als deren Vertreter gewählt. Die letzteren haben mit ihrer Wahl doch nur ein durch Reichsgesetz gewährleitetes Recht ausgeübt, sind majorem und dadurch souverän über ihren Willen, sie bedürfen also nach meiner unmaßgeblichen Ansicht nicht der Bestätigung ihrer Willensäußerungen durch das hohe Kollegium. Zu welchen Konsequenzen dieser Grundlag, wenn er allgemein angewendet würde, führen müßte, gestatten Sie mir gefl. Ihnen ein kleines Beispiel zu geben. Die Mehrzahl der Herren Stadtverordneten ist nur von einer kleinen, verschwindenden Minorität der städtischen Bevölkerung gewählt worden, wozu sollte es führen, wenn nach demselben Grundlag die übergroße Majorität der städtischen Bevölkerung Ihnen sagen wollte, wir erkennen Sie als unsere Vertreter nicht an. Diese Ihre Behauptung ist wohl aber nur irrtümlich in Ihr Schreiben vom 3. Dezember hineingekommen, und um den Irrtum aufzuklären, erlaube ich mir, Ihnen zu eröffnen, daß ich langjähriger städtischer Arbeiter war, aber weil ich als Vertrauensmann der städtischen Arbeiter ihre berechtigten Forderungen vertrat, wurde ich 1900 entlassen und dann nicht wieder eingestellt.

Ich bin überzeugt, Sie werden nach dieser Aufklärung nicht nur Ihren Irrtum anerkennen, sondern auch in Zukunft Ihren ganzen Einfluß aufbieten, um gleiche Entlassungen zu verhindern.

Mit größter Hochachtung  
gez.: Johann Lischen.

### Arbeiter-Ausschüsse in städtischen Betrieben.

Bisher heißen erst die allerwenigsten städtischen Betriebe Arbeiter-Ausschüsse. Nach F. Klement (Die deutschen Städtegemeinden und ihre Arbeiter, Stuttgart, 1903) giebt es im ganzen Deutschen Reich erst 13 Städte, welche derartige Arbeiter-Vertretungen mehr oder minder anerkennen resp. errichten haben. Hierbei muß, noch betont werden, daß in diesen 13 Städten nicht etwa schon für alle Gemeindebetriebe, die in größerer Anzahl Arbeiter beschäftigen, Arbeiter-Ausschüsse vorhanden sind, sondern in mehreren der fraglichen Orte hat man bisher solche Körperlichkeiten nur für einzelne Betriebe ins Leben gerufen. Die meisten Städteverwaltungen heben der Frage der Arbeiter-Ausschüsse noch nicht besonders innertätig gegenüber. Vor allem aber sind es durchgängig die Betriebsverwaltungen, welche von einem konstitutionellen Arbeits-

verhältnis nichts wissen wollen. Man hat vielfach von Seiten der städtischen Behörden erwidert, daß für die städtischen Betriebe Arbeiter-Ausschüsse nicht notwendig wären, da die Gemeindebehörden sich vollkommen ihrer Pflichten gegenüber den Arbeitern bewußt sind. Man hat sogar davon gesprochen, daß Arbeiter-Ausschüsse nur Nebenrichtungen wären, welche die bis dahin zufriedenen Arbeiter unzufrieden machen. (Leipziger Stadtverordneten-Kollegium 1900.) Die letzte Ansicht zeugt von einer bedauerlichen sozialpolitischen Rückständigkeit. Wenn die Arbeiter wirklich mit den anderen Gesellschaftsklassen gleichberechtigt sein sollten, wie dieses in den Verfassungen aller modernen Kulturstaaten zum Ausdruck kommt, so muß ihnen auch wie den anderen Klassen zugestanden werden, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren und bezügliche Agitation zu entfalten. Wer den Arbeitern diese Berechtigung nicht zugestehen will, handelt keineswegs im futuristischen Interesse. Aber auch der andere Einwand, daß die städtischen Behörden schon für ihre Arbeiter sorgen werden und daher Arbeiter-Ausschüsse nicht notwendig sind, ist vollkommen hinfällig.

Der Arbeitsvertrag soll nach den modernen Rechtsgrundsätzen ein Gegenstand freier Uebereinkunft sein. In den städtischen Betrieben sind aber meistens die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, mehr als in den Privatbetrieben, kollektiv geregelt. Diese gemeinsame Regelung liegt zwar auch im Interesse der Arbeiter, sie bedingt aber andererseits die Vereinfachung der individuellen Freiheit bei der Schließung des Arbeitsvertrages. Schon deshalb sollte man den städtischen Arbeitern Körperlichkeiten zusprechen, welche bei den vorgelegten Behörden die Wünsche der Arbeiter anbringen können.

In den letzten Jahren sind auf dem Gebiet der kommunalen Arbeiterpolitik nicht unerhebliche Wandlungen vor sich gegangen. In einer ganzen Reihe von Orten hat man den städtischen Arbeitern Zugeständnisse gemacht, gegen die man sich in früheren Jahren ablehnend verhielt. Diese feindselnde Haltung beweist allein zur Genüge, daß zwischen den städtischen Behörden und ihren Arbeitern wohl Meinungsverschiedenheiten betreffs dieser oder jener Maßnahme herrschen können. Solche Differenzen lassen sich aber am besten klären, wenn die fraglichen Parteien auf gleichberechtigter Grundlage verhandeln. Lehnt man dieses ab, so werden die Differenzen von Seiten beider Parteien nur zu leicht in rein subjektiver Weise ausgefochten. Die eine Partei kennt nicht die Beweggründe der anderen, unredliche Motive werden derselben nur zu leicht untergeschoben und die Differenzen spitzen sich bis auf das äußerste zu, so daß oft die Gewalt dann ausschlaggebend ist und der gegenseitige Haß die höchste Potenz erreicht. Da nun diese städtischen Behörden erklären, mit der gewerkschaftlichen Organisation der städtischen Arbeiter nicht offiziell verhandeln zu können, so sollen sie ihren Arbeitern wenigstens Arbeiter-Ausschüsse zusprechen und mandatsmäßige Vorkommnisse wird unterbleiben. Gerade die städtischen Behörden sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Sie sollen Musterbetriebe errichten und deshalb hätten sie besonders die Verwirklichung, das zu verwirklichen, was die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 für alle Betriebe wünschten: die Errichtung von Arbeiter-Vertretungen.

Eine weitere Frage ist nun die, welche Rechte diese Arbeiter-Ausschüsse besitzen sollen. Es giebt nämlich in einigen städtischen Betrieben Arbeiter-Ausschüsse, deren Rechte derartig beschränkt sind, daß man sie als wirkliche Arbeiter-Vertretungen gar nicht betrachten kann.

Insoweit wird in den Bestimmungen, welche die Rechte der Ausschüsse behandeln, zu betonen sein, daß sie Körperlichkeiten sind, die zu den geäußerten Wünschen und Forderungen der Arbeiter Stellung nehmen sollen. Heute haben wir vieloch Bestimmungen, welche betagen, daß der Arbeiter-Ansicht die Betriebsleitung in der Durchführung von Anordnungen ihm unterliegen soll. Weitere Funktionen werden ihm in den fraglichen Realments nicht zugewiesen. Hier wird also der Arbeiter-Ansicht als eine Art Ueberwachungsorgan betrachtet und nicht als Arbeiter-Vertretung. Solche Ausschüsse werden natürlich nie die Interessen der interessierten Arbeiter gewinnen, sondern das gerade Gegenteil tritt ein. Die Verantwortlichkeit über die Anordnungen der Betriebsleitung muß den Aufsicht-organen derselben überlassen bleiben und diese sind meistens auch so zahlreich vorhanden, daß sie einer Unterstützung seitens der Arbeiter nicht bedürfen.

Sollten die Ausschüsse als wirkliche Arbeiter Vertretungen gelten und ersprießlich arbeiten, so müssen sie vor allem das Vertrauen ihrer Mandatäre besitzen. Dieses muß aber vorzuziehen sein, wenn sie offiziell als Aufsichtsorgane gelten sollen. Selbstverständlich ist damit nicht gesagt, daß nicht etwa die Ausschüsse zu fortgesetzten Vergehen einzelner Arbeiter, die durch ihr Verhalten das gemeinsame Interesse ihrer Kollegen schädigen, Stellung nehmen dürften. In allererster Linie sollen aber die Ausschüsse als Vermittler zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern dienen. Dazu gehört dann auch, daß sie nicht nur die Wünsche der Arbeiter anbringen können, sondern auch deren Beschwerden. In letzterer Beziehung lassen aber die bereits bestehenden Ausschüsse viel zu wünschen übrig. Die Reglements bezüglich der Arbeiter Ausschüsse der Berliner städtischen Betriebe enthalten z. B. die Bestimmung, daß Angelegenheiten, welche Einzelne betreffen, nicht in den Ausschüssen behandelt werden dürfen. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse die Betriebsleiter haben den Vorsitz in Händen, interpretieren diese Bestimmung stets dahingehend, daß die Erörterung aller Beschwerden, welche von einzelnen Arbeitern oder einem kleineren Kreise derselben gegen die Verwaltung resp. deren Organe erhoben werden, nicht zu den Aufgaben der Ausschüsse gehören und lassen die Behandlung dieser Gegenstände nicht zu. Nun ist es aber Tatsache, daß ein großer Teil aller Differenzen, die zwischen den Arbeitern und der Verwaltung ausbrechen, auf Dinge zurückzuführen werden müssen, welche direkt nur einzelne Arbeiter oder einen kleineren Teil derselben interessieren.

Durch diese Praxis werden also die Rechte der Ausschüsse ganz erheblich eingeschränkt. Den Arbeitern bleibt daher in solchen Fällen nichts anderes übrig, als in die Öffentlichkeit zu rufen. Ob dieser Zustand dazu dient, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeiter zu verbessern, möchten wir stark bezweifeln. Der Austrag der Differenzen auf solche Weise führt stets zur Spannung des Verhältnisses und läßt das und Erbitterung auf beiden Seiten zurück. Die städtischen Behörden sind der Meinung, daß die Ausschüsse deshalb nicht die Beschwerden Einzelner behandeln dürfen, weil dieses zur Untergrabung der Disziplin führen müßte. Sie sagen: die Arbeiter Vertreter würden sich als Parteimänner fühlen, stets die Maßnahme der Behörden verurteilen und ihren Kollegen Recht geben. Diese Ansicht ist aber irrtümlich. Man hat diesen Einwand auch schon gegen die Arbeiter Vertretung bei den Gewerbe-, Schiedsgerichten usw. erhoben. Überall berichten aber die fraglichen Behörden, daß sich die Arbeiter Vertreter durchgängig nicht als Parteimänner, sondern als Richter fühlen. Derselben Erfahrungen würden die städtischen Behörden auch mit den Arbeiter Ausschüssen machen, wenn sie diese auch in den Beschwerden der Arbeiter Stellung nehmen ließen.

Eine weitere Frage, welche für die Arbeiter nicht ohne Interesse ist die nach dem aktiven und passiven Wahlrecht. Es wird unbedingt notwendig sein, daß das aktive, rechtliche Wahlrecht allen Arbeitern nach erlangter Großjährigkeit gewährt wird, was auch heute schon in den meisten Städten, soweit sie Ausschüsse besitzen, geschieht. Anders liegt die Sache mit dem passiven Wahlrecht. Hier hat man vielfach ein Alter von 30 Jahren und mehrjährige Beschäftigung im Betriebe als Voraussetzung festgelegt. Es wird sich in dieser Beziehung empfehlen, das passive Wahlrecht bereits mit dem 25. Lebensjahre zu gewähren. Wenn man in diesem Alter schon Mitglied des Reichstages werden kann, so wird es schließlich auch mit 25 Jahren schon Arbeiter geben, welche die Befähigung besitzen, als Vertreter ihrer Kollegen bei der Betriebsverwaltung fungieren zu können. Auch eine 3-jährige Beschäftigung ist zur Ausübung dieses Postens nicht nötig. Die Tätigkeit in städtischen Betrieben ist in den meisten Fällen eine derartige, daß sie in wenigen Tagen resp. Wochen erlernt wird. Eine solche Beschränkung des passiven Wahlrechts ist also nicht notwendig; sie dient nur zur Verstärkung des Vertrauens der Arbeiter gegen ihre vorgelegte Behörde. Eine einjährige Beschäftigungsdauer konnte also sehr gut als Grundlage für das aktive Wahlrecht bestimmt werden. Auch wird es sich empfehlen, die Mandatsdauer nicht auf mehrere, sondern nur auf ein Jahr festzusetzen. Schreiter dieses und ein Jahr Fristen sollte bekannt, wo sich die Arbeiter in jenen Betrieben befinden, denen sie bei der Wahl ihre Stimme schenken und nun fast drei Jahre eine Vertretung hatten, die

ihre Vertrauen nicht mehr besaß. Ebenso sind bezüglich der Einberufung der Sitzungen heute vielfach verbesserungsbedürftige Bestimmungen aufzuweisen. Wenn es z. B. in dem Ermessen des Betriebschefs, wie bei den Ausschüssen der Berliner Wasserwerke, liegt, ob dieser ein Bedürfnis für die Einberufung einer Sitzung anerkennt oder nicht, so ist stets mit der Gefahr zu rechnen, daß er die Bedürfnisfrage verneinen wird, so wie Dinge zur Erörterung gelangen sollen, welche ihm unangenehm sind. Solche Bestimmungen haben die eigentliche Bedeutung der Arbeiter Ausschüsse auf und muß dafür Sorge getragen werden, daß auf Antrag von einigen Ausschußmitgliedern, vielleicht von der Mehrzahl derselben, eine Sitzung einberufen werden muß. Bei den Berliner Gewerken ist eine derartige Bestimmung erfreulicherweise schon zur Anerkennung gelangt. Auch wird es sich empfehlen, wenn bei wichtigen Beratungen die befohlenen Beamten der Organisation zu den Ausschusssitzungen hinzugezogen werden.

Schon heute ist in einigen Ausschuß Reglements die Bestimmung vorhanden, nach der auch andere Personen an den Beratungen hinzugezogen werden können.

Auf Grund dieser Bestimmung müßte versucht werden, die Verwaltungsbeamten zu den Sitzungen einzuladen.

Andererseits finden wir es aber auch nicht für richtig, daß der Vorsitz des Ausschusses sich in den Händen des Betriebschefs befindet. Es ist ein eigentümliches Verhältnis für beide Parteien, wenn die Arbeiter Vertreter vielleicht gegen ihren Vorgesetzten, der ihre Entlassung, Verhaftung usw. veranlassen kann, in der Sitzung Wort machen sollen. Da erscheint uns die Regelung, wie man sie z. B. in Stuttgart getroffen hat, nach welcher der Ausschuß sich seinen Vorsitzenden selber wählt, für praktischer. Den städtischen Behörden muß natürlich das Recht zu Teil werden, einen oder mehrere Vertreter zu den Sitzungen mit beratender Stimme zu entsenden, ja es ist wünschenswert, daß insbesondere die Betriebsleitung stets bei den Verhandlungen zugegen ist, um ihre Stellung zu den Forderungen der Arbeiter sofort kund tun zu können. Sollte man daran zweifeln, weil die Arbeiter Vertreter unter sich Leute aufzuweisen haben, welche die nötige Routine zur ordentlichen Leitung der Verhandlungen besitzen, so könnte man vielleicht eine Person, die unparteiischer als der Betriebschef ist, mit dem Vorsitz betrauen, vielleicht einen Gewerbestrichter usw.

Nerner wird zu bestimmen sein, daß in Städten, die in ihren Betrieben mehrere Arbeiter Ausschüsse besitzen, Plenarsitzungen der Ausschüsse stattfinden können. Für die Arbeiter der städtischen Betriebe gibt es eine Reihe von Fragen, Pensionen, Ferienfragen usw., die sie in ihrer Gesamtheit interessieren, weshalb Plenarverhandlungen mit den städtischen Behörden notwendig erscheinen. Selbstverständlich müßten auch hier Normen festgelegt werden, nach denen Plenarsitzungen nur auf Antrag von mehreren Ausschüssen stattfinden. Die Zahl der Ausschüsse müßte durch die örtlichen Verhältnisse bestimmt werden. Sollte in großen Städten, wie z. B. in Berlin, der fragliche Apparat zu groß werden und ein korrektes Verhandeln unmöglich machen, so könnte man dadurch über diese Schwierigkeit hinwegkommen, indem jeder Ausschuß nur ein bis zwei Personen zu der Plenarsitzung delegiert.

Wünschenswert erscheint es uns, daß sich immer mehr städtische Behörden mit der Idee des konstitutionellen Arbeitsverhältnisses vertraut machen und Arbeiter Ausschüsse errichten. Dieses hat aber dann auf möglichst liberaler Basis zu geschehen. Zieht man der Tätigkeit der Ausschüsse zu enge Grenzen und betrachtet sie als eine Art Dekorations- und für die angebliche Arbeiterverantwortlichkeit, so verhehlen sie ihren wahren Zweck. Eine wirkliche Arbeiter Vertretung in städtischen Betrieben wird nur von einer Seite dazu beitragen, manche unliebsamen Differenzen auf gütliche Weise zu erledigen und andererseits die Arbeiter veranlassen, ihre Fragen in ruhiger und sachlicher Weise zu behandeln.

Die Zahl der kommunalen Betriebe wird immer größer und mit ihr auch die Zahl der Personen, welche als Arbeiter im Dienste der Gemeinde tätig sind; bedauerlich doch die Gemeinde Berlin schon allein an 12000 Arbeiter. Eine vermittelnde Sozialpolitik aber, welche die städtischen und privaten Betriebe bleiben.

H y o d e s.

### Satzungen des Arbeiterausschusses für die ständigen Lohnarbeiter der Hafendirektion und Hafen-Verkehrsinpektion der Stadt Stettin.

#### § 1.

##### Wirkungskreis.

- Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:
1. Anträge, Wünsche und Beschwerden, welche die gesamte Arbeiterkraft oder einzelne Gruppen derselben betreffen, entgegenzunehmen und den vorgelegten Diensthellen mit seinem Gutachten zu überreichen. Beschwerden oder Wünsche, welche einzelne Arbeiter betreffen, dürfen vom Ausschuss nicht entgegengenommen werden. Letztere sind vielmehr auf dem vorgeschriebenen Zusammenzuge zu erledigen.
  2. Die von den vorgelegten Diensthellen erforderlichen Gutachten zu erteilen.
  3. Anregung von Neuerungen und Verbesserungen auf den Gebieten der Arbeitsschutz- und Wohlfahrts Einrichtungen.

#### § 2.

##### Zusammensetzung.

Es wählt:	Mitglieder	Erfahrmänner
Gruppe A (die Schiffsarbeiter)	6	5
" B (die Rangierer)	1	2
" C (die Gleisarbeiter)	1	2
" D (die Maschinisten im Arbeitsbezirk)	1	2
" E (die Maschinisten am Quai)	1	2
" F (alle übrigen Arbeiter)	2	2

so daß der Ausschuss aus 12 Mitgliedern und 15 Erfahrmännern besteht und 6 Wahlgruppen vorhanden sind.

Wählbar sind nur ständige Arbeiter, welche im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, mit Gefängnis über 3 Monate oder Zuchthaus nicht bestraft und deutsche Reichsangehörige sind, sowie am Wahltag mindestens 30 Jahre alt und am Wahltag mindestens 3 Jahre lang ununterbrochen im Dienste der Stadt Stettin beschäftigt sind.

Wähler sind sämtliche volljährigen ständigen Arbeiter nach einjähriger Beschäftigung im Bereiche der Hafendirektion und der Hafenverkehrsinpektion.

#### § 3.

##### Amtdauer, Erfahrvorträge.

Die Amtsdauer beträgt 3 Jahre. Jedes Jahr zum 1. April scheidet ein Drittel der Mitglieder und Erfahrmänner aus. Bei der einmaligen Wahl des Ausschusses werden die Mitglieder und Erfahrmänner, welche nach 1 bzw. 2 Jahren ausscheiden, durch das Los bestimmt. Die jedes Jahr per Zufall des Jahresjahres neu zu wählenden Mitglieder und Erfahrmänner werden von den Arbeitergattungen gewählt, denen die ausscheidenden angehören.

Ausscheidende Mitglieder und Erfahrmänner sind wieder wählbar. Nach Ende der im § 2 bezeichneten Voraussetzungen für die Wahlberechtigung, so erteilt damit die Mitgliedschaft im Arbeiterausschuss beim die Eigenhaft als Erfahrmann. Erfahrmänner können im Laufe einer Wahlperiode nur dann sein, wenn Erfahrmänner einer Wahlgruppe nicht mehr vorhanden sind.

Zwei Mitglieder des Ausschusses beurlaubt oder ausgeschieden, so treten an ihre Stelle die Erfahrmänner ihrer Gruppe in der Reihenfolge, welche die Stimmenzahl bei der Wahl ergeben hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Lebensalter und bei gleichem Lebensalter das Los.

#### § 4.

##### Wahl.

Der Tag der Wahl wird durch die Vorstände der Hafendirektion und Hafenverkehrsinpektion festgesetzt und mindestens eine Woche vorher unter Mitteilung des Ortes, der Zeit und der Namen der wählenden, der wählbaren und der aus dem Ausschuss ausscheidenden und angetretenden Mitglieder und Erfahrmänner bekannt gemacht. Einwendungen gegen das Verzeichnis der wählenden oder wählbaren Arbeiter sind binnen 5 Tagen zu machen.

Die erste Wahlhandlung geschieht unter Leitung der im Absatz 1 dieses Paragraphen genannten Vorstandsbeamten oder der von diesen Bevollmächtigten unter Aufsicht zweier Arbeiter der betreffenden Gruppe als Vertreter.

Bei den früheren Wahlhandlungen übernimmt gemäß Bestimmung des Ausschusses ein Mitglied die Leitung der Wahl in den einzelnen Gruppen. Die Wähler haben ebenfalls je 2 Arbeiter der betreffenden Gruppe als Zeugen zu wählen.

Jeder Wähler hat zwei Zettel abzugeben. Auf den einen sind vorher die Namen der Arbeiter zu setzen, welche als Mitglieder, auf den anderen die, welche als Erfahrmänner in Voranschlag gebracht werden. Die Zettel dürfen nur Namen wählbarer Arbeiter und nur so viele Namen enthalten, als gemäß Bestimmung in der betreffenden Gruppe Mitglieder resp. Erfahrmänner zu wählen sind.

Zettel, welche Namen von nicht wählbaren Arbeitern oder mehr Namen enthalten, als Mitglieder bzw. Erfahrmänner zu wählen sind, sind ungültig.

Diejenigen Arbeiter, auf welche sich die meisten Stimmen vereinigen, sind gewählt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Über die Wahlhandlungen sind Protokolle aufzunehmen. Nach jeder Wahl werden die Namen der Gewählten durch Aushang bekannt gegeben. Die Gewählten haben sich über die Annahme binnen zwei Tagen nach der Wahl den Wahlleitern gegenüber zu erklären. Nichtabgabe einer Erklärung gilt als Ablehnung der Wahl.

Eine Verpflichtung zur Annahme der Wahl besteht nicht. Einwendungen gegen die Wahl müssen beim Wahlvorstande binnen einer Woche nach erfolgter Bekanntgabe vorgebracht werden. Spätere Einwendungen werden nicht beachtet.

Bei Ablehnung und Ungültigkeit einer Wahl finden Ergänzungswahlen statt. Die endgültige Zusammenlegung des Ausschusses wird ebenfalls durch Aushang bekannt gegeben.

#### § 5.

##### Geschäftsordnung.

Nach erfolgter Wahl werden die Gewählten von den eingewählten des § 1 erwählten Amtsvorständen zur Wahl eines Vorsitzenden des Ausschusses, eines Stellvertreters desselben, eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers einberufen.

Bei der Behinderung von Amtsvorständen vor einer Sitzung rechtzeitig bekannt oder nicht rechtzeitig erscheinend, so treten die Erfahrmänner in der im § 3 vorgeschriebenen Reihenfolge an die Stelle der fehlenden Vorstände. Die Einberufung der Erfahrmänner veranlaßt der Vorsitzende des Ausschusses. Die Sitzungen des Ausschusses finden nach Bedarf statt. Eine Sitzung ist vom Vorsitzenden anberaumen, wenn es von sechs Mitgliedern unter Angabe der zur Vertagung zu behandelnden Gegenstände beantragt oder wenigstens der Amtsvorstände beantragt wird. Die Einladungen erfolgen schriftlich für jedes Mitglied unter Angabe der Tagesordnung. Bevor diese Einladungen erfolgen, sind die Amtsvorstände von der Sitzung und den zur Vertagung stehenden Gegenständen zu benachrichtigen, damit insbesondere auch von ihnen noch Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden können.

Die Amtsvorstände bestimmen das Total für die Sitzungen und sind berechtigt, denselben vorzulegen bzw. auch je einen Vertreter in dieselben zu entsenden. Die stellvertretende bei dem Recht, Vertreter im Falle der Abwesenheit der Amtsvorstände zu entsenden.

Nehmen die Amtsvorstände oder Vertreter derselben beim Vertreter der stellvertretenden an den Sitzungen teil, so haben dieselben nur beratende Stimme, müssen jedoch jederzeit gehört werden.

Die Zeit für die Sitzungen ist im Einvernehmen mit den Amtsvorständen zu bestimmen. Die Sitzungen sind den Amtsvorständen mindestens 24 Stunden vor der Sitzung bekannt zu machen, damit ihre Vertretung geordnet werden kann. Vorhandlungen für die etwa vorzunehmenden Arbeiten sind nicht abzuhalten. Die Sitzungen sind für außerhalb der Arbeitszeit abzuhalten. Die Sitzungen sind für außerhalb der Arbeitszeit abzuhalten. Die Sitzungen sind für außerhalb der Arbeitszeit abzuhalten.

Zur Vertretung der Amtsvorstände sind mindestens sechs Mitglieder erforderlich.

Die Protokolle sind in ein Protokollbuch einzutragen, welches den Amtsvorständen nach jeder Sitzung vorzulegen ist.

Gegen die Entscheidungen der Amtsvorstände steht dem Ausschuss die Berufung an die Deputation frei.

##### Genehmigt

Stettin, den 20. Oktober 1903.

Der Magistrat.  
Helen. Wenduhn.

### Konferenz der süddeutschen Filialen in Stuttgart

am 26. und 27. Dezember 1903.

Am 26. Dezember trafen im Generalkaufhaus in Stuttgart zum ersten Male die Vertreter der süddeutschen Gewerkschaften auf Anregung der Sekretariatskommission in einer Konferenz zusammen, um über den weiteren Ausbau der Organisation im Süden zu beraten.

Vertreten waren 11 Adhärenz durch 19 Delegierte und zwar: Cannstadt, Krautthurm a. M., Aulendorf, Goppingen, Gerbrunn, Waiblingen, Mannheim, Mühlhausen i. C., Mühlhausen, Künzberg, Pforzheim, Stuttgart, Weisbaden und Würzburg.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Bericht der Sekretariatskommission, 2. Bericht der Delegierten, 3. Die "Kartellen im Süden", 4. Welche Anforderungen stellen wir an die nächsten Sitzungsperiode an die Gewerkschaften im Süden, 5. Beschlüsse.

Um 2 Uhr nachmittags eröffnete Herr Dr. C. Zimmert namens der Sekretariatskommission die Konferenz und begrüßte die erschienenen Delegierten. Auf Vorschlag von Kollegen Zehner

mann Frankfurt wird von der Wahl eines Bureaus Abtand genommen und die Sekretariatskommission mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt und fungieren nunmehr die Kollegen Bürker und Wed als Vorsitzende und Kollege Schmoll als Schriftführer. Nach Annahme der Präzisions erhält Kollege Altvater zu Punkt 1 der Tagesordnung das Wort und gibt derselben in einmündigen Ausführungen einen detaillierten Bericht über die bisherige Tätigkeit des süddeutschen Sekretariats.

Aus demselben ging hervor, daß seitens des Sekretariats in dem verflochtenen ersten Jahre seiner Tätigkeit getan wurde, was möglich war, um die Interessen der Kollegen zu wahren und die Organisation weiter auszubauen. Neue Ästiale wurden in Darmstadt, Heidelberg, Ludwigshafen, Frankfurt und Würzburg. An den früheren drei Orten bestanden schon früher einmal Ästiale. An Versammlungen hatte der Sekretär 146 und zwar außerhalb Stuttgarts 92 und in Stuttgart selbst 54. Die laufenden Geschäfte erledigte die Kommission in 16 Sitzungen.

An Einläufen waren für das Sekretariat direkt 167 Briefe und Karten, sowie 22 Pakete zu verzeichnen. Die Ausgänge beliefen sich auf 329 Briefe, 372 Karten und 11 Pakete.

Wenn auch die Organisationsverhältnisse noch manches zu wünschen übrig lassen, so sei doch unbestreitbar, daß im vergangenen Jahre ein kräftiger Schritt nach vorwärts gemacht wurde. Das Hauptaugenmerk mußte aber hauptsächlich darauf gerichtet werden, daß an den größeren Plätzen vorerst mehr gearbeitet würde, um dadurch auch die Organisation finanziell besser zu stellen, da naturgemäß bei einer großen, in Betracht kommenden Arbeiterzahl es sich eher erümdigen läßt, die Mitgliederzahl für den Verband so zu steigern, daß derselbe zunächst mindestens auf seine Kosten komme, und in an den größeren Orten die Zahl der voll leistungsfähigen Mitglieder prozentual eine weit größere als bei den kleinen, wodurch es sich auch eher erümdigen läßt, für die Kollegen Vorteile zu erwirken. An den kleineren Orten ist dieses in doppelter Hinsicht schwieriger und zwar existenzbedingend, daß die Mehrzahl als Invaliden und auch als Armenempfänger zu betrachten ist, wodurch es schon von vornherein ausgeschlossen ist, Lohnforderungen für die selben zu stellen. Andererseits sind die Gemeindevorstellungen der Mehrzahl größtenteils aus noch bedeutend unverständlichen Elementen zusammengesetzt als in den Großstädten. Mit dem sozialpolitischen Verstandes ist es dabei auf diesen Maßstäben nicht weit her.

Des weiteren hat Medner auch darüber, daß seitens der einzelnen Gewerkschaftszweige zum größten Teil nicht die nötige Energie am Orte entfaltet wurde. Da es wäre schon vorzuziehen, daß von beizulegendem Ausmaß keine Antwort auf Anfragen ein gelautet sei.

Au der anschließenden Diskussion in Gießen, Nürnberg der Ansicht, daß Altvater mehr getan habe, als man fraglos von ihm verlangen konnte, aber er glaubt, daß in der zu bewältigenden Arbeit die Kraft eines einzelnen für den ganzen Süden nicht ausreicht, da der Verband unbedingt zu groß sei.

Schäfer Mainz und Rothfelder Mannheim erklären sich von der Tätigkeit des Sekretars gleichfalls befriedigt.

Zweiter Punkt entscheidet die mangelhafte Tätigkeit mancher Ästiale damit, daß sie die intelligenteren Arbeiter, welche gewohnt sind die besten Arbeitsplätze einzunehmen, zu einem frühzeitigen Fortgang nicht herbeizulenken, aus Angst, ihre Stellung zu verlieren. Da nun auf einen derartigen Fortgang oftmals geradezu gezwungen Kollegen können den Fortgang dann nicht anfeuern und die Ästiale hören dadurch niemals auf. Eine von dem Medner ein gebrachte Motionen betreffend Schaffung von Ästiationsbeiräten wird in Punkt 3 der Tagesordnung anzugehen.

Ein weiterer Antrag, der dem Sekretar für seine Tätigkeit die volle Anerkennung auspricht, wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2 erwählt zunächst die Kollegen Müller und Vanhaver einen Bericht über die Verhältnisse der Cannstädter Ästiale. Infolge der Vorlagen der früheren Verwaltung sind diese keine alten römischen. Lediglich der Medner, daß ab 1. Januar eine Reorganisation eintreten, da die gewöhnlichen Verhandlungen mit der Ästiale Stuttgart das Minimum sein, daß die Ästiale als Sektion der Stuttgarter Ästiale angegliedert wird.

Kollege Zwenemann gibt ein Bild der Frankfurter Verhältnisse. Die Commission der Ästiale macht dort einige Fortschritte. Wie, wenn zu wünschen, daß endlich einmal in dem Straßenfabrikanten ein Entschloß herbeizuführen würde, um es zu ermöglichen, daß nun auch unter den dortigen Straßenbahnarbeitern eine Ästiale entstehen könnten. Auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Cannstädter Kollegen werden durch das Einwirken der Organisation schon einer ganz bedeutenden Verbesserung unterworfen.

Kollege Zuberer gibt zunächst einen Bericht über Cr Langenau, der einen Überblick über die Verhältnisse der Medner hat, auch ein Bild des Zustandes. In manchen Punkten wohl noch mangelhaft, aber doch insofern in Bezug auf eine solche Bewegung, wie in die nach befragt der Organisation ein gesunder Kernbestand zu formieren.

Kollege Süßendorfer gibt einen Überblick über die Verhältnisse in Göttingen. Trotz den Unannehmlichkeiten einzelner geht es auch dort vorwärts.

Für die Ästiale Heidelberg gibt Altvater den Bericht, aus welchem hervorgeht, daß die Ästiale seit ihrer Neugründung schon verschiedene Vorteile für die Kollegen erwirgen hat, und daß die dortigen Kollegen ihr möglichstes aufbieten, um ein gesundes Vorwärtsschreiten zu garantieren.

Kollege Gsell Heilbronn kam von seiner Ästiale nicht viel gutes berichten. Trotz aller Mühe, die sich das Sekretariat schon gegeben hat, um dort vorwärts zu kommen, sind die Bemühungen an der Gleichgültigkeit der großen Masse der Kollegen, insbesondere des bisherigen Vorsitzenden Stephan, gekümmert und bittet Medner die Kommission, den wenigen treuen Verbandskollegen auch fernerhin hilfreich zur Seite zu stehen. Von Ludwigshafen am Rhein konnte Altvater berichten, daß die neugegründete Ästiale, wenn auch langsam, so doch sichere Fortschritte machte.

Kollege Schäfer sen. Mainz erstattet einen detaillierten Bericht über die Verhältnisse der dortigen Kollegen. Neben einer ganzen Reihe von Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat die Organisation auch die Einführung eines achtstündigen Arbeits, der vernünftigerweise aber nur zur Erholung benutzt werden darf, erwirgen. Auch der Mitgliederstand ist in hohem Maße begreiflich, trotz der Abwanderungsverluste einiger Gewerkschaften, welche durch die Gründung eines schon wieder auf dem Aussterben Etag befindlichen Arbeitervereins der Gasarbeiter der Organisation Hindernisse in den Weg zu legen verstanden.

Von Mannheim im muß Kollege Rothfelder die bescheidene Tatsache berichten, daß trotz Gründung zweier Sektionen, und zwar die der Schlicht- und Viehhofarbeiter, sowie der Theaterarbeiter, die Ästiale weniger Mitglieder als vor Jahresfrist zählt. Die Straßenbahnarbeiter, welche im Neujahr 1903 beinahe eingeschlafen waren, rafften sich im Frühjahr wieder auf und brachten bis zu 112 Mann in den Verband, bis unversehrt einige, vom Großwahn befallen, behaupteten, die Straßenbahn seien Beamte und hätten es deshalb nötig, sich eine Sonderorganisation in Form eines deutschen Straßenbahnarbeiter-Verbandes zu gründen. Dieserhalb geführte Unterhandlungen mit den hiesigen Straßenbahnern in Darmstadt und Frankfurt verfrühten sich und zwar deshalb, weil den Frankfurtern die Neugründung so fragwürdig erschien und die Darmstädter waren noch formierter denn die Mannheimier. So kam es, daß die Sektion, auf sich allein angewiesen, sich als Lokalverein konstituierte unter dem schönen Titel: „Verband deutscher Straßenbahnangestellten“. Die Mader der ganzen Gesellschaft haben nun zwar die Genehmigung, Mitglieder eines Verbandsvorstandes zu sein, im übrigen spielen sie jedoch eine mehr kosmische Figur. Ähnliche Eiferfuchtheiten in den einzelnen Sektionen, wobei jede Partelle zu einer Staatsaktion getempelt wird, erwidern die Arbeiten der Organisation und wäre es dringend zu wünschen, daß die Kollegen in den übrigen Ästialen sich daran ein Beispiel nehmen und geschlossen, Hand in Hand, dafür Sorge tragen würden, daß das Erzwirgen erhalten und neue Vorteile erreicht würden.

Von diesem Bericht nach derjenige, welchen Kollege Senke's Mannheim i. C. zu geben hatte, sehr vorteilhaft ab, indem Kollege Senke berichtet konnte, daß trotz der Substanzen der reichslandischen Behörden die Ästiale schöne Fortschritte machte. Eine detaillierte Schilderung der Tätigkeit, welche die Ästiale zu erdulden hat, zeigt, daß in den Reichslanden noch Zustände herrschen, die mehr denn „schändlich“ sind. Durch das Einwirken der Organisation war es jedoch möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dergestalt zu verbessern, daß sie als mäßig zu betrachten sind.

Kollege Padermaer München berichtet, daß in seiner Heimat noch ein reiches Arbeitsfeld für die Organisation vorhanden ist, da die dortigen Kollegen größtenteils, von den Sämannen eingeschlossen, an deren Mangelband geführt werden. Lediglich vergrößert sich das Können treuer Verbandskollegen zusehends und wünscht Medner nur, daß in puncto Ästiation sie nach Möglichkeit unterstützt würden.

Kollege Gasse Gießen teilt mit, daß neben den Drangsalen, welche ein hoher „Freimünder“ Magistrat und Stadtverordnetenkollegium der Organisation zu teil werden läßt, noch unsere „Brüder in Christo“ uns nunmehr durch Gründung einer „arbeitslosen“ Sektion der hiesigen Arbeiter Monturen machen. Trotz alledem wurden Vorteile für die Kollegen erwirgen und auch die Organisation hat schon Fortschritte zu verzeichnen.

Auch Kollege Gierbach kam von Pforzheim Konstatieren, daß Fortschritte gemacht wurden. Die Kollegen im Gauswert sind zum größten Teil organisiert, während die übrigen Vorteile noch vieles zu wünschen übrig lassen.

Von Stuttgart über Altvater den Bericht, aus welchem hervorgeht, daß die Ästiale richtig vorwärts schreitet. Die Verhältnisse der Ästiale Stuttgart und Göttingen hat besonders gute Handlung erzielt. Dieses Beispiel fand schon Nachahmung, indem nun auch die Ästiale Cannstadt bestanden hat, bei Stuttgart zu beantragen, daß im Hinblick auf die materiellen Vorteile, welche eine große Ästiale ihren Mitgliedern zu bieten in der Lage ist, die Ästiale Cannstadt als Sektion der Ästiale Stuttgart noch angegliedert werden möge. Stuttgart in diesem Sinne nachkommen und die Ver- einbarung in nun mit Wirkung vom 1. Januar 1904 perfekt. Medner wünscht, daß die übrigen Ästiale sich daran ein Beispiel nehmen und überall dieses Nachahmung finden möchte. Die

Melissenverjüngung ist mit Wirkung vom 1. April nunmehr durchgeführt, bedarf aber noch ganz bedeutend der Verbesserung, um den minimalen Anforderungen mindestens genügen zu können.

Kollege Scheuermann: Frankfurt gibt den Bericht von Wiesbaden. Auch dort ist ein frisch pulsierendes Leben in der Organisation. Einige Vorteile, welche zwar noch verbesserungsbedürftig sind, wurden durchgeführt, u. a. sind Arbeiter-Ausübungen nunmehr genehmigt.

Von Würzburg berichtet Kollege Merx, daß die im letzten Frühjahr gegründete Aktive zunächst einen bedeutenden Aufschwung nahm; jedoch durch den Wegzug des ersten Vorsitzenden Oseroffen Dausfeldt erhielt die Aktive einen rechtlichen Stoß, von welchem sie sich jetzt, nachdem Oseroffe Wählern den Vorschlag überreichte, allmählich erholt. Auch durch die im „Arbeiterklub“ Kabarett geführten verschiedenen Vereine händlerischer Arbeiter am Tage wird der Aktive das Arbeiten bedeutend erleichtert. Eine Petition an den Stadtmagistrat um Einführung von Arbeiter-Ausübungen sowie einer Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung ist nunmehr auch eingereicht und hoffen die Kollegen, daß dieselbe in Kürze zu ihrer Eingetragtheit erledigt wird.

Kollege Altvater gibt ein Resümee der Berichte, aus welchem hervorgeht, daß trotz des Rückganges in Mannheim und Erlangen die von ihm am Anfang des Jahres gemachte Erhöhung des Mitgliederstandes im Süden um mindestens 1000 am tatsächlichen erreicht wurde, indem nach den von den Delegierten abgegebenen Ziffern in den dem Sekretariat unterstellten Aktiven jetzt 2850 Mitglieder, gegen 1830 im Juli des Vorjahres, vorhanden sind. Aber nicht nur der zahlenmäßige Fortschritt sei in Betracht zu ziehen, sondern auch eine ganze Reihe materieller Vorteile für die Kollegen wurde im letzten Jahre erreicht und diese es jetzt, auf der bevorstehenden Bahn ruhig fortzuführen, um auch die Kräfte des ausgegrenzten Samens ernten zu können.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit wird ein Verjaegerungsantrag angenommen und beschlossen, die Verhandlungen am anderen Tage vormittags 9 Uhr wieder aufzunehmen.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr abends.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 27. Dezember.

Um 9 Uhr vormittags eröffnet der Vorsitzende Kollege Wörter die Sitzung und verliert nach Verlesung der Protokolle zunächst zu Punkt 3 der Tagesordnung Kollege Altvater das Wort.

Derselbe schlägt vor, es möge in Anbetracht der beschränkten Zeit von einem eigentlichen Referat über die Angelegenheiten abgesehen werden, um dafür eine ausgiebige Diskussion über die Angelegenheiten zu pflegen. Die Diskussion solle sodann eine die sämtlichen Punkte umfassende Resolution sein.

Zur Sache selbst schlägt Altvater vor, die Frage zu prüfen, ob nicht event. auch durch Zurückziehung von weiteren Unternehmungen einrichtungen, insbesondere einer obligatorischen Krankenkassenzahlung, wie sie Stuttgart bereits im 1. Jahre eingeführt habe, und welche vorläufig event. auf den ganzen Süden ausgedehnt werden könnte, die Organisation gehoben und bessere Verhältnisse in dem Mitgliederstande geschaffen werden könnten. Eine solche die Verbreitung gewerkschaftlicher Arbeiter-Ausübungen in Westdeutschland mit angehängten Aufnahmeformularen nach dem Muster bestehender anderer Organisationen ins Auge zu fassen, welche eventuell, wenn seitens des Verbandsvorstandes solche nicht angenommen wurden, von dem Sekretariat für die einzelnen Aktiven vorbereitet werden könnten.

Das Wort in Hand arbeiten verschiedener benachbarter Aktiven, wie beispielsweise mit Mainz, Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt bereits der Antrag gemacht sei, wäre auch in Form der Schaffung von Agitationsstellen in die Wege zu setzen. Scherzer äußert in der Ansicht, daß zwar die Einführung einer Krankenunterstützung für einzelne Aktiven überlassen müßte, da die Reparatur bei einer Zentralisierung in Betracht käme. Die Errichtung von Agitationsstellen habe er aber hauptsächlich gegenüber.

Oberbach-Förstern teilt mit, daß seine Aktive mit der Einführung von Krankenunterstützung sehr gute Erfahrungen gemacht habe.

Schäfer-Mann ist auch dafür, daß das Unternehmungsweesen ausgebaut und aber, sodann nicht nur für einen Teil, sondern für alle noch weiter ausgebaut werden solle. Im übrigen ist Scherzer der Ansicht, daß die Krankenunterstützung eher eher als für die Aktiven einander helfen durch die Gewährung einer Beihilfe, was, da es nur in den wenigsten Fällen gelinge, aus den Beihilfeleistungen bei Gründung einer Aktive selbst die nötigen Mittel zur Rettung zu gewinnen. Sieht man aber, welche an die Spitze gestellt werden, haben sodann kein wesentliches Interesse an der Sache und sind trotzdem geneigt, materielle Opfer zu bringen, da eine Entschädigung seitens der Aktive persönlich besteht ist.

Scheuermann Frankfurt ist ebenfalls für Einführung einer Krankenunterstützung, da einerseits die unständigen Arbeiter bei event. Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn an ständige Arbeiter, doch auch in Krankheitsfällen nur auf die Unterbringung der Krankenkasse angewiesen seien, und andererseits

sind die ständigen Arbeiter bei längerer Krankheit nach Ablauf ihrer Berechtigung zum Bezug der Differenz einer Unternehmung auch dringend bedürftig.

Die Lieferung von weiteren Agitationsmaterial hält Medner auch für sehr notwendig.

Diesel Nürnberg verlangt auch mehr Agitationsmaterial und plädiert gleichfalls für Subventionierung der agitatoren-tätigen Gemeinden.

Schäfer-Mann glaubt eine Krankenunterstützung nicht durchzuführen zu können. Die Lieferung weiteren Agitationsmaterials, sowie die Veröffentlichung des Adressenverzeichnis der Aktiven hält Medner jedoch für unwiderruflich.

Altvater ist der Ansicht, daß auch in den einzelnen Aktiven, mangels der nötigen Lust und Liebe zur Sache, viel zu wenig geschehe. Die weitaus meisten Kollegen glauben, mit dem Zahlen des Verbandsertrages mehr denn genug für die Agitation getan zu haben und überlassen die ganze Last der Agitationsarbeit einigen Kollegen, welche dann der Last größtenteils erliegen.

Scherzer-Fürth bringt folgende Resolution ein:

Resolution.

Die süddeutsche Konferenz erachtet in der Verbreitung gemeinschaftlicher von Verbandsvorstand herauszugebender Flugblätter, welche in genügender Anzahl den Aktiven zur Verfügung zu stellen sind, in der Schaffung von weiteren Unternehmungsanstaltungen, in der Errichtung von Agitationsbezirken, sowie einer Agitation zwecks härterer Beteiligung der Arbeiter an den Gemeindevahlen, die Mittel, welche geeignet sind, die Organisation zu heben und ein gesundes Fortschreiten zu garantieren.

Des Weiteren wird die Aktiven anzuhalten, dem Sekretariat alles vorhandene Material zu übermitteln, worauf dieses daselbst zu sichten, zusammen zu stellen und im Bedarfsfalle an die einzelnen Aktiven abzugeben hat.

Nachdem die Kollegen Altvater und Wörter sich mit der Resolution einverstanden erklärt und dieselbe zur Annahme empfohlen, wird diese einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag:

Die Konferenz wolle beschließen: „An die Redaktion der „Gewerkschaft“ das Gründen zu richten, daß alljährlich einmal die Adressen der Ortsverwaltungen, entweder geordnet als Beilage oder in der „Gewerkschaft“ bekannt gemacht werden“, findet gleichfalls einstimmige Annahme.

Bei Punkt 1 der Tagesordnung bringt Scheuermann den Antrag die Anforderungen der bei der monatlichen und halbjährlichen in Wiesbaden beteiligten Kollegen zur Kenntnis.

Scherzer-Mann glaubt, daß die Konferenz nicht in der Lage sei, die einzelnen Eingänge zu behandeln und wünscht Medner, daß diese dem Sekretariat zum weiteren Verfolg überwiesen werden. Auch bedauert er, daß der Bericht der Gewerkschafts-Konferenz, die auf derselben beschlossene Resolution an die kommunalen Behörden zu übermitteln (siehe Seite 92 u. 93 des Protokolls) noch nicht zur Durchführung gebracht sei.

Oberbach-Förstern stellt hierauf folgenden Antrag: Die anwesenden Delegierten, soweit sie auf der Gewerkschafts-Konferenz vertreten waren, erlösten in dem Richtverstand der dort beschlossenen Resolution eine Nichtachtung der gefassten Beschlüsse und ersuchen den Verbandsvorstand, umgehend das Veräumte nachzuholen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Altvater hält ans, daß wir zunächst darauf dringen müssen, daß überall die im Vorstadium beim im Status schwebenden Angelegenheiten zur Entscheidung gebracht werden müssen. Nach dieser Angelegenheit gehen wir nun vor allem zu handeln.

Scheuermann Frankfurt vorschlag, daß die Aktiven alles ermittelte Material anzuhalten müßten.

Altvater bemerkt die Möglichkeit des Ausstufes, da die einzelnen Aktiven einander nicht im Sinne der nötigen Anzahl beizubehalten müßten, wenn jede Aktive befreit werden zu können, und dieser Befreiung, daß falls dies in der Resolution Scherzer enthaltene Forderung der Unternehmung und Veranlassung der Unternehmung im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der Aktiven einbezogen werde, jedem Bestreben Rechnung getragen sei. Die Konferenz ist damit einstimmig.

Scherzer-Fürth ist dafür, daß die Forderung der Einführung einer Beihilfebestimmungen auch unter anderen Anforderungen angenommen werden soll. Altvater erläutert diese Anforderungen nach folgender:

Schäfer-Mann hält eine Beihilfebestimmung nicht für notwendig, welcher Ansicht Altvater widerspricht.

Einer Anregung, sich nicht generell auf diesen Punkt festzusetzen, sondern nur von Fall zu Fall nach den örtlichen Verhältnissen zu entscheiden, wird nachgegeben.

Weiter Punkt 5 bringt Scheuermann Frankfurt die betrüblichen Mangelerscheinungen eines Einzelarbeiters vor Sprache und erklärt die Konferenz, ihre Meinung zu äußern, was in einem solchen Fall zu geschehen habe.

Altvater bemerkt dazu, daß hier unbedingt § 3 a des Statuts zur Anwendung zu kommen habe.

\*) Ist bereits im Juli 1903 gechehen, weshalb sich auch die folgende Reichstagsfassung eigentlich erbringt hätte. T. H.



Schäfer: Mainz fragt an, wie es betreffs der Tätigen zur Konferenz gehalten werden solle. Altvater erwidert, daß die Tätigen die moralische Pflicht hätten, ihre Delegierten nach den auf der Generalversammlung gefassten Beschlüssen zu entschädigen. Bei einer weiteren Anregung des Kollegen Schäfer, zu bestimmen, wann und wo die nächste Konferenz stattfinden solle, vertritt Pürker Stuttgart den Standpunkt, daß wir gar nicht das Recht hätten, dieses zu bestimmen, da event. der Verbandsvorstand seine Zustimmung verweigern könnte.

Altvater ist geneigtlicher Ansicht, indem der Verbandsvorstand weder das Recht noch ein Interesse daran habe, eine derartige Konferenz zu verweigern, sondern daß es denselben nur lieb sein könne, wenn von Zeit zu Zeit die Tätigen in Verbindung treten, um über den weiteren Ausbau der Organisation zu beraten.

Schäfer: Mainz stellt den Antrag: „Vor dem nächsten Verbandstag hat noch eine Konferenz der süddeutschen Tätigen statt zu finden. Ort und Zeit bestimmt nach Anhörung der Tätigkeitsvereinigungen die Sekretariatskommission.“

Dem Antrag wird zugestimmt.

Kochfelder: Mannheim bringt die Maßregelung des Kollegen Walter Mannheim zur Sprache. Ebenso fragt Kerinslo: Würzburg an, ob es statthaft sei, daß zur Deckung der Kosten der Delegation von der Tätigen Ertragsbeiträge erhoben bzw. eine Sammelliste unter den Mitglieðern zirkulieren dürfe. Mit der Bemerkung, daß dies Sache der Tätigen sei, darüber zu befinden, ist die Frage erledigt.

Nachdem noch Scherzer Nürnberg den Wunsch geäußert, daß ein ausführlicher Bericht über die Konferenz in der „Gewerkschaft“ erdienen möge, und Schäfer: Mainz noch eine genauere Aufklärung über die geplante Einteilung in Agitationsbezirke haben will, veranlaßt Altvater eine befriedigende Antwort gibt, wird nach einem energischen Appell des Kollegen Altvater an die Delegierten, auch hinsichtlich dem Sekretariat zur Seite zu stehen und unabhängig für die weitere Ausbreitung der Organisation befragt zu sein, mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband die Konferenz geschlossen.

Schluß nachmittags 1 Uhr.

Nur wenige Stunden verblieben noch und auch diese nur einem kleinen Teil der Kollegen zum gemütlichen Beisammensein und Gedankenaustausch, ehe das Dampftrödel die Gänge wieder zu ihrer Bestimmung nach allen Windrichtungen aus Schwabens schöne Hauptstadt entführte.

Woge jedem der erschienenen Kollegen die in Stuttgart verlebten Stunden in angenehmer Erinnerung bleiben.

**Von der Berliner Straßenreinigung.**

Sehr geehrter Herr Medizinal!

Es ist lange her, daß von den Berliner Straßenreinigern in Ihrer Zeitschrift die Rede war. Heber Wünsche konnte man diese Woche berichten, wollte man alles aufzeichnen. Dazu dürfte sich wohl noch trater Gelegenheit bieten. Heute soll nur von der Reinigung die Rede sein, wiewohl wir Straßenreiniger ausgeführt sind. Wie anderwärts, so ist es auch hier: Die unteren Aufsichtsstellen setzen auf diesem Gebiete das Reichsministerium. Wir haben Vorarbeiter, Aufseher und Oberaufseher. Letztere hängen meistens aus Militärämtern ab, während die ersten direkt aus Arbeiterkreisen sich rekrutieren. Was Wunder, daß der Mangel an Erfahrung dominiert! Es wäre für manden der oberen Aufsichtsvorkörper, wollte er bedenken, daß er im bürgerlichen Zusammenleben und nicht mehr auf dem Kasernenplatz steht und daß er im öffentlichen Verkehr hunderttägige Staatsbürger und seine Mitmenschen vor sich hat. Die Verhältnisse sind an der Tagesordnung und wenn ein Arbeiter eine Zusammenstellung der Verhältnisse vernahm, würde er unglücklich glauben, daß die Straßenreinigung eine besonders unglückseligere Rolle seien und ihren Dienst bereits schlecht versehen. Die Sache liegt aber ein wenig anders. Zur vielen Jahren haud die Verhältnisse nur so auf die Arbeiter nieder. Was wird da nicht alles bestrahlt. Die unglücklichsten Meldungen der Arbeiter werden ohne weiteres geglaubt. Will sich ein Arbeiter vorsetzen, was doch schließlich sein gutes Recht ist, so heißt es: Mann halten! Eine Prüfung der Meldungen auf ihre Richtigkeit gibt es gar nicht. Der Sachverhalt liegt eben schon in der Meldung. Auf dem Gebiete der Verhältnisse ist besonders hart der Herr Oberaufseher Schmidt. Während ein Teil der Arbeiter sich dessen bewußt ist, daß sie in ihrer neuen Stellung auch noch Arbeiter sind, glaubt ein anderer Teil, leider der größere, daß sie mit ihrem Aufhören in die Reihen der öffentlichen Verwaltung ein höheres Wesen geworden seien. Das ist aber unglückseligste Leute, die aus ihrer unglückseligen Stellung herauszuweisen sind, haben sie sich von einem unglückseligen Vorgesetzten beherrschen und da findet der eine den anderen im Zusammenhänge und Transparenz der Arbeiter zu arbeiten. Die Arbeiter und die Vorgesetzten haben unter selbem Zeichen natürlich schwer zu leiden und zwar schenken a a r e i e n finden hier so den rechten Boden. Das ist auch gar kein Wunder, wenn man bedenkt,

daß die meisten Vorarbeiter glauben, diesem Zitiem ihre eigene Förderung zu schulden. Daher ist es sehr leicht zu erklären, wenn andre zum Scheitern und Misserfolg hervorragend Veranlagung besitzen, auf diese Weise eine bessere Position zu erstreben. Es liegen sich zum Belege für die Richtigkeit dieser Annahme eine ganze Reihe von Tatsachen anführen. Nur heute möge nur an einige Vorgänge in der 12. Abteilung erinnert sein durch die Nennung folgender Namen: Vorarbeiter Schaplowski, Aufseher Meuter und Herr Oberaufseher G. Jeder Meslege weiß dann Weidwid, was die Mode geblieben hat. Falls sich die Zustände nicht bald bessern, wird die Veröffentlichung einer Reihe von Begebenheiten schließlich zur Notwendigkeit. Sie unterbleibt bisher meistens noch aus äußerlichen Gründen. Wollte man die Meldungen mit denen die Kollegen realisiert werden und alle die Vorkommnisse öffentlich besprechen, müßte man sich im Voraus bei den Lesern entschuldigen, daß man ihnen das Durchwaten eines so dicken Schlammes zumutet. In dieser Dichtung würde es am Ende ganz lieb sein, einmal lernen zu lernen, was ihr auf demselben Wege natürlich nicht mitgeteilt wird. Die Kollegen hätten sich schon ganz gern an den Arbeiterausdruck in vielen Dingen gewandt, aber leider fehlen zurzeit noch die Vorbedingungen zu einem erproblichen Arbeiten durch die Körperkraft. Die Hauptvorbedingung lautet: Kräftige gewerkschaftliche Organisation! Die Berliner Straßenreiniger leiden unter dem Mangel einer tatkräftigen Organisation. Heute heißt es: Leise, leise, kein Geräusch gemacht. Es wäre sehr gut, wenn die Arbeiter der Straßenreinigung sich aufrufen wollten und in wahrhaft mannbare Weise ihre Rechte wahren!

Zu der Hoffnung, daß diese zwar etwas allgemein gehaltenen Zeilen in Ihrer geschätzten Zeitschrift schon eine Besserung bewirken mögen, zeichnet

mit kollegialem Gruß  
Lerkow.

**Etwas für Gasarbeiter, Heizer usw.**

**Sofortige und bequeme Schmerzabseitung bei Brandwunden.**

Überall dort, wo mit Feuer, Dampf, heißen Flüssigkeiten und dergleichen in der Industrie, im Gewerbe oder im Haushalt umgegangen wird, ist es unvermeidlich, daß gelegentlich Hautverletzungen durch Brandwunden vorkommen. Bis her konnte man die qualenden Schmerzen nicht beseitigen; alle Gegenmittel hatten nur den Erfolg, die meist unerträglichsten Schmerzen etwas herabzusetzen. Da nun oft schon kleine Brandwunden genügen, um den Verletzten teilweise oder wohl auch ganz in seiner Arbeit zu hindern, so besteht ein dringendes Bedürfnis nach einem Mittel, welches den unerträglichsten Schmerz der Brandwunden zu beseitigen vermag.

Dieses Problem ist nun gelöst worden. Das „Chemisch-hygienische Laboratorium Brandanal“, Berlin W. 57, Gehlenstraße 21 II, bringt nämlich ein wirksames Mittel zur sofortigen Beseitigung des Schmerzes der Brandwunden der leidenden Menschheit dar, das aus hygienischen und praktischen Gründen die größte Beachtung verdient. Das Brandwundengegenmittel, das den Namen „Brandanal“ führt, beseitigt nach dem übereinstimmenden Urteil aller Verlegten, die es benutz haben, den qualenden Schmerz greßer wie kleiner Brandwunden sofort, ohne daß etwa die Anwendung des Mittels mit Schmerzempfindungen verbunden ist. Man braucht nur etwas Brandanal auf die Wunde zu träufeln, oder diese einige Sekunden mit Brandanal getränkte Watte zu befeuchten, und die eben noch so qualenden Schmerzen sind beseitigt. Die verletzte Hautstelle verhärtet sich unter der Einwirkung des Mittels etwas und dieses zeigt auch äußerlich die Wirksamkeit an. Bei manchen Verlegten tritt der Schmerz nach einiger Zeit wieder auf; eine neue Behandlung der Wunde mit Brandanal beseitigt ihn aber dann dauernd. Dieses hin und wieder beobachtete abermalige Auftreten des Schmerzes ist aber von viel geringerer Intensität als der Brandwund ohne Brandanalbehandlung. Gewen sich bereits Brandblasen gebildet, so müssen diese verständig aufgeschnitten werden, damit das Mittel alle Stellen der verletzten Haut erreichen kann. Auch in diesem Falle wird eine dauernde Beseitigung der qualenden Schmerzen erreicht, dazu kommt noch, daß meist die Eiterbildung ganz durch die Behandlung der Wunde mit dem neuen Mittel vermieden wird. Da der Verband des Brandanals ein äußerst wirksamer ist, so wird man angeben müssen, daß es kann eine einfachere, billigere, bequemere und wirksamere Methode der Schmerzabseitung geben kann.

In Werkstätten und Betrieben und meist überall Verbandskassen zur ersten Hilfe bei Unfällen, fallen vorhanden, so hat es sich empfiehlt, diese redigiert mit dem Mittel gegen den Schmerz der Brandwunden zu versehen. Im Haushalt, wo beim Kochen usw. ebenfalls oft Brandwunden in Mann geronnen werden müssen, sollte man rechtzeitig die Hausapotheke mit Brandanal bereichern. Eine gute Vertriebsleitung und ein fürsorglicher Hausvorstand werden

\* Besserung kann allerdings erzielt werden. Die Straßenreinigung sollten als mitemer Verbände in großer Zahl ausgehen und so die Probe ausproben machen.  
D. H.

rechtzeitig die Aufbahrung bewirken, um gegen Brandfälle, soweit sie Verletzungen bei Menschen und Tieren betreffen, gerüstet zu sein.  
 Um die Einführung dieses wirklich beachtenswerten Mittels gegen den meist unerträglichen Schmerz der Brandwunden zu erleichtern, sendet das genannte Laboratorium Probebläschen gegen 50 Pf. und Normalbläschen des Brandanals gegen 1,10 Mk. (auch in Briefmarken überall franko bin. Bei der großen gewerbehygienischen Wichtigkeit dieser Errungenschaft bitten wir es für unsere Pflicht, an dieser Stelle rechtzeitig darauf aufmerksam zu machen.

### Sozialdemokratische Vertreter in den Deputationen und Kuratorien der Stadt Berlin.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung die Neuwahlen für ihre ständigen Ausschüsse, für die vom Magistrat ressortierenden Deputationen und Kuratorien und für einige nicht vom Magistrat ressortierende Verwaltungen vorgenommen hat, dürfte es manchem unserer Leser erwünscht sein, wenn wir hier für die wichtigsten dieser Ausschüsse, Deputationen usw. eine Liste unserer Vertreter veröffentlichen. Von der sozialdemokratischen Fraktion sind jetzt im

- Ausschuss für bedfordete Gemeindefeuer: Antrid. Zinger, Went;
- Revisionsausschuss: Bruns, Neumann, Leid;
- Rechnungsausschuss: Glöde, Gründel, Mogle, Schubert;
- Armedirektion, Klenau: Antrid. Döbe;
- Armedirektion, Arbeitshaus und Ebbach: Augustin, Hoffmann;
- Armedirektion, Waisenhaus: Vernein, Tolsdorf;
- Vandeputation: Glöde, Gründel, Mogle;
- Premmaturatorialien Deputation: Kleinert, Voigt;
- Gasdeputation: Wurm;
- Gewerbedepuration: Pasner, Vorkmann;
- Handwerker und Vaugewerkschul-Kuratorium: Ewald, Schubert;
- Geistlichenkuratorium: Went;
- Deputation für die Jrenpflege: Bruns;
- Manifestationsdeputation: Vorkmann, Mofbenzer;
- Stranfenhausdeputation: Zinger;
- Partihallendeputation: Dinge, Schubert;
- Partideputation: Schulz, Jubelt;
- Stenerdeputation: Gründel, Mogle, Rantlow, Schneider, Voigt;
- Strafenreinigungdeputation: Pfamlich;
- Rechtshofkuratorium: Hoffmann;
- Wasserwerksdeputation: Went.

### Aus unierer Bewegung.

**Berlin.** Generalversammlung Zentrale Groß-Berlin, 19. Januar 1904. Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken des verstorbenen Kollegen Werfinski durch Erheben von den Plätzen. Nachdem der Kollege Koch auf Antrag der Erweiterten Verwaltung (S. 3. Abt. 1. und 2. des Verbandsstatus) durch Beschlus der Versammlung aus dem Verbandsausgeschieden ist, wird der Zentrale Vorstand gewählt und zwar: die Kollegen Jiebig und Potrafale als Vorsitzende, die Kollegen Polenzke und Künig als Schriftführer und die Kollegen Hümel und Unglaube als Beisitzer. Zu Messoren wurden die Kollegen Jrenbier, Pöschel und Müller (Zktion 11), und als Mitglieder zur Gewerkschaftskommission die Kollegen Wehswald, Jiebig, Schubert, Eitmer, Menigk, Müller, Wendt und Steury gewählt. Auf Antrag des Vorstandes beauftragt die Versammlung, die Zektionsstättierer für das erste Quartal 1904 provisorisch mit 11, Fünftig pro Mitglied und Monat zu entscheiden; des weiteren wird beschlossen, das erste Zitationsheft der Zentrale Groß-Berlin im Monat Oktober dieses Jahres in der Pauerei Friedrichshain zu feiern. Bezüglich der ausgehertt gewesenen Gas-anstaltsarbeiter (Danzigerstraße) wird vom Vorstande mitgeteilt, daß sich die letzten Ausgehertten seit etwa 14 Tagen wieder in Arbeit befinden. Ein Kollege spricht den Wunsch aus, daß man die Mitglieder unserer Organisation mehr auf das Arbeiterblatt, dem „Vorkwärts“ in unserer Gewerkschaft aufmerksam machen möge. Auch Kollege Schubert pladiert für Abonnement des „Vorkwärts“, welcher es sich zur Aufgabe mache, das Proletariat durch Aufklärung aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien. Nachdem noch einige interne Geschäfte nach zur Einleitung gelangten, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

**Berlin XI.** Stranfenhäuser. Zektionsversammlung am 6. Januar. Beschlus gut. Protokolle genehmigt, neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorsitzende erstattete den Bericht für die Zeit vom 1. Oktober bis ultimo 1903. Es fanden in dieser Zeit des Bestehens der Zektion 3 Mitglieder Versammlungen, ebensowei Vorstandssitzungen, 2 Zentraleversammlungen, 6 erweiterte Leitungsverwaltungsitzungen, 2 Zehnkommisionensitzungen und 5 öffentliche Versammlungen statt, wovon 2 wegen Mangel an Besuch verlagt werden mußten. Die abgehaltenen öffentlichen Versammlungen fanden wie folgt statt: am 14. Oktober vom Stranfenhause Friedrichshain, am

21. Oktober vom Stranfenhause Urban und am 24. Oktober vom Stranfenhause Moabit. Diese Versammlungen waren gut besucht. Ueber die Mitgliederbewegung gibt folgende Zusammenstellung Aufschlus:

Mitglieder	Zie Reichshain		Urban		Moabit		Stranfenhaus		Zentrale		Gesamt	
	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.
Bestand am 1. Oktober 1903	55	41	28	12	—	—	6	9	—	—	89	65
Bestand am 1. Januar 1904	56	47	39	15	4	7	5	3	1	104	73	
Vom 1. Oktober 1903 bis 1. Januar 1904 ausgetreten	4	3	1	—	—	—	1	8	—	—	6	11
Während dieser Zeit eingetreten	5	6	12	3	4	7	—	2	1	21	19	

Stand der Zektionskasse am 1. Oktober 1903 211,53 Mk., Ausgaben 44 Mk., Bestand ultimo 1903 177,53 Mk. In die Zektionsleitung wurden die Kollegen F. Niehe als Vorsitzender, Max Wehner als Kassierer, F. Neumann als Schriftführer, als 1. Beisitzer F. Weber, als 2. Beisitzer A. Meidel gewählt. Nachdem unsere Mitglieder Versammlungen zula 3 Jahre im Gewerkschaftshaus stattgefunden haben, wurde auf Antrag des Kollegen Matt beslossen, daß diese wie bisher (am Mittwoch nach dem 1. jedes Monats) in der Nähe jedes einzelnen Stranfenhauses stattfinden sollen. Die Versammlung erhofft dadurch eine bessere Belebung der Bewegung. Bei der Verwendung des Maschinenalles wurde seitens der Stammeinglieder Kritik geübt, daß der Kassierer mit dem Gelde sehr zurückhaltend sei. Sodann wurden aus der Zektionskasse 30 Mk. für die ausgehertten Grummithauer bewilligt. Außerdem wurden noch vom Stranfenhause Friedrichshain durch Zammellisten 35,65 Mk. aufgebracht. Ueber Kollege Niehe: Das nächste Mal bitte das Papier für Versammlungsberichte nur einseitig zu beschreiben. Die dadurch entfallenden Mehrkosten werden wohl nur unerheblich und ein Zusammenstoß mit dem Kassierer dürfte deshalb kaum zu befürchten sein. (M.)

**Bremen.** Ueber das Thema: Die wirtschaftliche Lage der Gemeinde und Staatsarbeiter, wie sie ist und wie sie sein sollte, referierte am Sonntag, den 17. Januar, in öffentlicher Versammlung der Verbandsektion D. Schubert Berlin. Ueberer gibt einleitend ein Bild der Entwicklung der Gemeinden und der zunehmenden Hebernahme von Betrieben in Staatsregie. Mit dem Wachsen der Zahl der Staats- und Gemeindefeuerer wachse die Verpflichtung der Gemeinden, die Betriebe in Bezug auf die Entlohnung und Behandlung der Arbeiter zu Mitarbeiter auszugestalten. Wie sehe es aber in der Zukunft aus? Die Gemeinden sind meist weit entfernt, ihre Arbeitgeberpflichten detart aufzulösen. Man verweigert den Arbeitern ihr Monatslohnrecht, das ihnen gesetzlich zuecht. Von angemessener Entlohnung, einer den sonstigen Bedürfnissen der Arbeiter entsprechenden Arbeitszeit kann gemein nicht die Rede sein, viel weniger von einer Hinterbliebenenfürsorge für die Arbeiter. Die Gemeinde handelt dabei entgegengezet der Behandlung der Beamten. Es liegt aber zu einer sehr unerblicklichen Behandlung kein Grund vor. Auch der Arbeiter muß seine ganze Persönlichkeit in den Dienst des Staats stellen; auch er verermt mit seinen Verdiensten eine gewisse Verantwortung. Sozialpolitisch fortgeschrittene Männer stehen denn auch auf dem Standpunkt, daß der Staat die Pflicht habe, für die Arbeiter etwas zu tun. Besonders im Stranfenhause bedarf der Arbeiter der Hilfe dringend und es genügt nicht, daß man ihn auf die Stranfenablenkung verweise. In einigen Gemeinden ist in dieser Beziehung manches gechehen. Wenn wir sehen, daß der Arbeiter erbracht ist, daß das hinreichende Maß sozialpolitischer Aufsorge noch lange nicht erreicht ist, dann können wir auch an den Staat mit Recht die Anforderung stellen, mehr als bisher für die Staatsarbeiter besorgt zu sein.

Ueberer kommt auf die Lohnfrage des nähern zu sprechen. Die gezahlten Löhne reichen nicht, um den vermittlungsartigen Anforderungen zu genügen. Sobald Stranfenarbeiten oder sonstige Unfälle in die Kamme des Arbeiters eintreten, ist er gezwungen, die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen. Reichend ist, wenn man die Verheerhaltung der heimischen Staatsarbeiter in Betracht zuehe und an Hand der Tabelle veranschaulicht, daß der monatliche Tagelohn in Berlin 2,20 Mk., in Bremen 3,20 betrage. Gegenüber dem, was hier als Gehalt des Kommandanten bezeichnet werde, ist die Veranschaulichung der heutigen Staatsarbeiter durchaus unzureichend. Es können aber natürlich den Kassen gecheit, daß es unmöglich ist, mit 3,20 Mk. täglich eine Kamme zu ernähren. Die Verheerhaltung ist in den letzten Jahren rapid geungen. Nach Kassenbedarf die hundertste Kamme 21,65 Mk., wenn man eine Unterernährung stattfinden soll. Wie viele Tausende von Arbeitern

vom  
beinhaltet

Journalist  
zahl.

65 154

73 177

11 17

19 40

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

30 30

... aber nicht in der Lage, diesen Lohn verdienen zu können! Es  
... aber noch zum Unterhalt der Familie die Ausgaben für  
... werden, der den bescheidenen Bedürfnissen Rechnung trägt. Für  
... Arbeit müßte ein angemessener Aufschlag hinzukommen, auch die  
... müßte besser bezahlt werden. Man sage zwar, die Arbeit  
... sei regelmäßige, permanente Arbeit; wir aber  
... wie die Nacharbeit am Körper geht; wir haben es am  
... eigenen Leibe erfahren und unsre Statistiken weisen es aus.

Auch hinsichtlich der hygienischen Fürsorge müssen weitere Maß-  
nahmen ergriffen werden. Es im Hinblick des Staates, in dieser  
... die Einrichtungen zu treffen. Gerecht leidet das Geld.  
... werden Staat und Gemeinde nicht bedeutend entlastet, wenn  
... zu derartigen Maßnahmen übertritt? Wie häufig muß ein  
... Arbeiter sich an die Armenbehörde wenden. Wird nicht  
... in solchen Einrichtungen der Fürsorge die Arbeitsfreudigkeit geweckt?  
... werden nicht die Arbeiter mit Lust und Liebe ihre Arbeit verrichten,  
... und vor allem werde der Kultur damit gedient. Soll Teufelskudde  
... an der Spitze der Kultur stehen, dann muß man Sorge  
... nehmen, daß sich die Bevölkerung, daß sich die Arbeiter in guten  
... Verhältnissen befinden und nicht Tausende in Sorge sind, wie sie die  
... Mittel zum Unterhalt ihrer Familie beschaffen sollen.

Honorable und seiner Arbeiterschaft. Wir verlangen, daß  
... an die Arbeiterschaft hört, und nicht den Vertretern der Ar-  
... ceter mit Wahrnehmung beauftragt. Unsere Organisation in bezug  
... auf gesetzmäßigen Wege die naturgemäßen Forderungen der Arbeiter  
... am Durchbruch zu bringen. Der Zusammenstoß, aller jener, die  
... gemeinsam in einem Betriebe, in einer Werkstatt arbeiten, in not-  
...wendig, um durch die Zusammengehörigen darzutun, daß nicht der  
... einzelne, sondern die Gesamtheit der Arbeiter es ist, welche die  
... Forderungen erhebt. Maner schließt mit der dringend mahnenden  
... Aufforderung zur Organisation, um dem jetzigen unzureichenden Zu-  
... stande ein Ende zu bereiten.

Dem Referenten wurde der lebhafteste Beifall der Versammlung  
... zuteil. In der Diskussion nahm zunächst Parteiführer teil, und  
... habe in das Wort, um kurz die Tätigkeit der sozialdemokratischen  
... Vertreter in der Bürgerkammer für die Forderungen der Staats-  
... arbeiter vor Augen zu führen; leider sei diese Tätigkeit bislang noch  
... auf den Widerstand der bürgerlichen Vertreter gegen sozialpolitische  
... Maßnahmen überhaupt gestoßen. Es habe zu erwarten, daß es  
... gelänge, mehr und mehr diesen Widerstand zurückzudrängen. Maner  
... ermahnte an die Erhebung der Forderung der vorläufig unzureichenden  
... Arbeitszeit, eines Mindestlohnes und einer Unterbleiben-  
... ersorgung für die Arbeiter in Staatsbetrieben seitens der sozial-  
... demokratischen Vertreter und erörterte die Aufnahme dieser Punkte  
... auch die liberalen Vertreter. Die wegen des letzten Punktes  
... niedergelegte Deputation arbeite sehr langsam. Auch Maners Aus-  
... sagerungen endeten in einer Aufforderung zu festem Zusammenjuch  
... der Staatsarbeiter.

Der Vorsitzende der Versammlung wies auf die nächste Ver-  
... handlung hin, die in einigen Betrieben eine Pause erlauben. Ein  
... Mann, der 23 Jahre im Maschinenbau gearbeitet habe, sei entlassen  
... worden, als seine Kräfte erschöpft waren. Der Staat sollte mit  
... Vorzins aus seinen Arbeitern schlagen. Arbeiter eines Betriebes,  
... die im September v. J. um einen Wochenlohn von 21 Mk. ent-  
... nommen seien, die verdienen 2,80 Mk., warten bis jetzt vergeblich  
... auf Antwort. Den Verhandlungen bezüglich der Sommerlohn-  
... erhöhung der Arbeiter habe er sehr herzlich genaugewir. Für die  
... Arbeitervertreter seien für unsre Forderungen eingetreten; nur zu  
... verdienen verdienen.

Ein Arbeiter führte aus: Die von der Kammeraktion an den  
... Säfen beschäftigten Arbeiter würden am liebsten bezahlt; sie ver-  
... dienen im Sommer bei achtstündiger Arbeit 2,50 Mk. pro  
... Tag, im Winter bei 8 stündiger Arbeit 2,80 Mk. Wie sollen sie  
... damit eine Familie durch den Winter bringen? Im Winter würden  
... dieselben Strafenfahnenbetriebe wie im Sommer bezahlt die Arbeiter  
... erhalten aber an Monatslohn 3 Mk. weniger. Wo bleibt das  
... Geld?

Nach einem Zwischenwort des Referenten, in welchem er nämlich  
... daß die Staatsarbeiter auf die Pflicht aufmerksam machte, hinter  
... den sozialdemokratischen Vertretern zu stehen, wurde folgende von ihm  
... empfohlene Resolution angenommen:

Die heute in der Tonhalle, Zusammenkunft, verammelten Staats-  
... arbeiter erklären sich mit den Forderungen des Verbandesleiters  
... einverstanden und rufen an die Parteikammer den dringenden Wunsch,  
... eine konkrete Lohnentscheidung für dieselben  
... einzusetzen zu lassen.

Nach Anweisung hiesiger Behörden von hiesigen und  
... kommunalen Behörden sowie Parteiführern soll als notwendig,  
... daß neben einer reichlich einschlägigen Zergliederung der  
... werden, des Anrechnungsmaterials, eine ganz besondere Vorber-  
... der Preis und Arbeitsfrage nachzugehen hat. Dieser Aufwand, der  
... als ein verhältnismäßig hoher anzusehen werden kann, da ja in  
... müssen die Zuzahlungsmittel unter Staatsbehörden zusammen-  
... die Aufsicht von Reich und Kreis an anderen Stellen und als eine  
... dauernde herausgestellt hat, ersucht gebietend ermahnt eine  
... weitere Unternehmung der Kammer oder aber die notwendige Er-

höhung des jetzt in bescheidenen Grenzen sich bewegenden Lohn-  
... sages.

Deshalb steht zu erhoffen, daß die Bürgerkammer dem Beifall  
... anderer Kommunen folgen und für die Vervollständigung der Staats-  
... arbeiter in sozialer Hinsicht Sorge tragen wird.

Die Versammlung hatte sich übrigens der Anwesenheit von  
... drei Heberwachtungsbeamten zu erfreuen. Da die maßgebenden  
... Behörden ein so eminentes Interesse dafür bekundeten, was die  
... Arbeiter in Staatsbetrieben vorzutragen haben, so darf man heifent-  
... lich erwarten, daß die Wünsche der Staatsarbeiter, die ihnen durch  
... die Heberwachtungsbeamten übermittelt werden, bei den Behörden ein  
... williges Ohr und möglichst baldige Berücksichtigung finden.

Erstmal. Zum ersten Male hielten wir unsre General-  
... versammlung im großen Saale des Volkshauses ab und der gute  
... Beifall bewies den gegen früher besseren Geist, das rege Interesse,  
... das unsre zum Teil neuen Mitglieder dem Verbande entgegen-  
... bringen.

Als beim ersten Punkt der Tagesordnung (Geschäftsbericht)  
... Kollege Völschen die Zahlen der Ein- und Austritte auf die 4 Quartale  
... vom 1. Juni 1902 bis 30. Juni 1903, die seine Fortschritte bekunden,  
... zum Vortrage gab, schien eine gewisse Bestimmung Platz zu greifen,  
... die aber in das Gegenteil umschlug, als Redner die 175 Eintritte  
... des dritten und 117 des vierten Quartals 1903 erwähnte, denen  
... nur insgesamt 15 Austritte gegenüber standen, der Verband also im  
... letzten halben Jahre einen Zuwachs von 217 Mitgliedern erhalten  
... hat. Der Monatsbericht ergab eine Gesamteinnahme von 5041,70  
... Mark, wovon der Zentralvorstand 3095,88 Mk. erhielt, mirhin ver-  
... blieben mit Subvention des Verbandsvorstandes und einem Verbands-  
... von 1. Juli 1902 der hiesigen Aktive 2302,69 Mk. Da ein Massen-  
... verband von 90,53 Mk. am 1. Januar vorhanden war, ist an Aus-  
... gaben für die Lokalverwaltung ein Posten von 2302,16 Mk. zu ver-  
... zeichnen, der für Gehalt des Vertrauensmannes, Bureauverleiher und  
... Kaufmannschaft und andern verwendet worden ist. Außerdem  
... konnten durch freiwillige Beiträge den Crimmitschauer Ausgewählten  
... 300 Mk. und den Köpfern 30 Mk. zugeführt werden. An Beiträgen  
... gingen in obgenannter Zeit 3607,51 Mk. ein, wovon 2121,87  
... Mark für Finanzierung kranker Mitglieder gezahlt wurden. Auch  
... dieser Teil des Verbands wurde mit Genehmigung aufgenommen.

In der Diskussion machte unsre sogenannte Linke, wenn einmal  
... ein Vergleich mit hiesigen Parlamenten erlaubt ist, nämlich die  
... Mitglieder zweier Parteien, eine Opposition. Unter andern in-  
... wesentlichen Sachen wurde hauptsächlich die Form der Einladung  
... (Postkarte an jedes Mitglied) kritisiert, dem aber ein Kollege aus der  
... Versammlung entgegenhielt, daß die beste Form der Einladung die  
... sei, welche den zahlreichsten Beifall gewähre und der erwartete  
... Erfolg ja auch tatsächlich entgegen sei. Des weiteren wurde bei  
... dem Punkt „Gewerkschaftliches“ ein Briefwechsel zwischen Völschen  
... und dem Stadtverordnetenwähler Stödel verlesen, bei welchem  
... durch lebhaften Beifall der Versammlung die Maßnahmen des Stadt-  
... verordnetenstellens als arbeitserföndlich charakterisiert wurden.  
... In der lebhaften Debatte wurden dabei die ganzen Zustände der  
... Arbeiterordnung des hiesigen Rates nach Verdienst gewürdigt.  
... Hierbei zeigte sich die unüberhörte Disziplin organisierter Arbeiter.  
... Als Völschen anschließend die hauptsächlichsten, die Arbeiter schädigenden  
... Bestimmungen der Arbeiterordnung unter die Lupe nahm, wurden  
... zahlreiche Anträge des Völschens laut, die auf eine Ermäßigung des  
... Rückzuges, nicht zu wenig zu geben, sofort unterließen. Mit den Be-  
... stimmungen, Fortfall eines Aufschlages für demnächstige Zome-  
... und Sonntagarbeit, Gewerkschaftsparagraph, Ermäßigung der  
... Haftstrafe in den Lohn und Auslieferung des § 616 des Bürger-  
... lichen Gesetzbuchs, hat der Rat zum ungewollt erreicht. Die Arbeiter  
... zufrieden zu machen und zum Nachdenken zu veranlassen, als  
... deren Folge eine regere Vertretung ihrer Interessen und Aufblühn  
... an den Verband eintritt.

Um 12 Uhr schloß Völschen mit einem Hoch auf das Gedeihen  
... des Verbandes die Versammlung, in welches auch begeistert ein-  
... genommen.

**Wort.** Mitgliederversammlung am 16. Januar. Kollege  
... Völschen aus Dresden hielt einen vortrefflich aufgenommenen Vortrag  
... über die Verhältnisse der hiesigen Arbeiter in Gemeinbetrieben.  
... An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Gentsch, E.  
... Lindner, Gieseler und Galm. Nach einem kräftigen Zuhör-  
... wort des Kollegen Völschen wurde die verhältnismäßig gut besetzte  
... Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen, worauf noch sieben Kollegen  
... ihren Beifall erklärten.

**Hamburg Altona Wilhelmsburg.** Generalversammlung am 21.  
... und 24. Januar. Nachdem der Monatsbericht für das vierte Quartal,  
... sowie die Abrechnung des Berichtsjahres 1902 vortragen erläuterten  
... Wilhelmsburg und Altona einen Bericht über das Verbandsleben  
... innerhalb ihrer Aktive seine ausführliche Wiederholung der Absätze  
... in der Form eines Jahresberichts kann wegen späterer Erhaltung  
... des Leiters erst in der nächsten Kammer erfolgen. Darauf  
... wurde dem hiesigen Redner erteilt. Zudem fanden die Neu-  
... wahlen statt. Sie ergaben folgendes Resultat: Schönberg als erster  
... Vorstands, Patzelt als zweiter Vorstands, Wöhl als hiesiger,  
... Medel als erster Schriftführer, Frommann als zweiter Schriftführer,

Sorgenfrei und Möller als Vorsitz, als Revisoren: Luerfeld, Steudler, Hohn, Zitt und Gramwunder. Ein vom Vorstand gestellter Antrag: den Vorsitzführern für ihre Tätigkeit eine Vergütung in der Höhe ihres Beitrages zu gewähren, fand Annahme. Um den örtlichen Verwaltungsfonds zu stärken, soll während der ersten Hälfte des laufenden Jahres der ganze Ertragsbeitrag demselben überwiesen werden. Weiterer Aufschwung einer Fabrik sprachen sich die Mehrzahl der Wilhelmshurger Kollegen gegen den gestellten Antrag aus.

Miel. Auch hier referierte am 18. Januar in öffentlicher Versammlung Kollege Schubert-Verfür über das gleiche Thema wie in Bremen. Die Versammlung war gut besucht und ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen. Hauptsächlich geht unsere Bewegung nun wieder hier am Orte vorwärts.

Mitgliederversammlung am 17. Januar. Nachdem der Vorsitzende einen Bericht über unsere Bewegung am Orte während des vergangenen Jahres erstattet, entledigte sich der Delegierte des Quartalsberichts. Darauf erfolgte Quartalsabrechnung. Die Einnahme inkl. Massenbestand vom vorigen Quartal betrug 296,15 Mk., die Ausgabe 58,82 Mk., bleiben 237,33 Mk.; davon an den Hauptvorstand abgedandt 67,70 „ „ gleich 169,63 Mk.; Massenbestand der Zentrale: 77,19 Mk. Die Vorstandswahlen brachten bis auf den 2. Vorsitzenden und den Schriftführer neue Personen in die Zentrale. Tausch wurde beschlossen, die neu angekauften Kontrollkarten nur in der Versammlung abzuheften, und zwar aus dem Grunde, um die Kollegen zum besseren Besuch der Versammlung anzubahnen. Dem bisherigen 1. Vorsitzenden wird für sein reges Streben und Mithalten im Interesse unserer Bewegung durch Erheben von den Plätzen gedankt. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, fest zum Verbands zu halten.

Magdeburg. Mitgliederversammlung am 16. Januar. Der stellvertretende Vorsitzende eröffnete die Versammlung. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt. Der Kollege Franz Nieffe hielt einen Vortrag über das zeitgemäße Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Der Referent beleuchtete, wie die fortschreitende Technik revolutionierend auf die sozialen Verhältnisse wirkte, und schilderte die Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Auch an einigen Gerichtsverfahren kennzeichnete er die Situation. Des Weiteren empfahl Kollege Nieffe, ein jeder Kollege möge in der Agitation seine volle Schuldigkeit tun und ein moralischer Erfolg werde auf unserer Seite sein. Verfall. Der Massenbericht ergab: Einnahme 1545,43 Mk., Ausgabe 299,84 Mk., Bestand 1335,59 Mk.; davon entkandt nach Berlin 433,04 Mk., demnach verbleiben am Orte 882,55 Mk. Zur Zeit gehören unserer Zentrale 262 Mitglieder an. Auf Antrag eines Revisors wurde dem städtischen Entlassung erteilt. Alsdann gab der stellvertretende Vorsitzende den letzten Quartalsbericht. Als wichtigster Punkt trat darin die Arbeitslosen-Zählung hervor. Der Berichterstatter empfahl den anwesenden Kollegen eine rege Beteiligung an der Zählung. Kollege N. ging des Näheren auf die am 21. Januar stattfindende Arbeitslosen-Zählung ein und bat hierzu positive Vorklänge zu machen. Es ließen sich 18 Kollegen zur Mithilfe notieren. Der Ausschuss in Grimmitzau verursachte eine Ausbreitung, welche dazu führte, daß 75 Mk. bewilligt wurden, auch kam man bezüglich der Zammelliste dahin überein, daß die städtischen Arbeiter von Magdeburg prozentual anderen Gewerkschaften gegenüber ihre Schuldigkeit in der Unterfertigung getan hätten.

Hierauf wurdeilage geführt über die unfeierliche Schrift in der „Gewerkschaft“. Der frühere Bibliothekar gab einen Uebersicht über die entnommenen Werke der Bibliothek und empfahl stetige Benutzung und Vervollständigung derselben. 10 Mk. wurden auf Antrag bewilligt, eine Kommission wird weitere nützliche Werke erwerben. Der jetzige Bibliothekar ist der Kollege Max Grünberger und wohnt Reichstädterstraße 9. Derselbe betonte, daß noch verschiedene Kollegen im Besitz von Büchern seien, und bittet die Kollegen, doch endlich die Bücher zurückzubringen, damit sie eventuell anderen Lefern zugestellt werden können. Einige Kollegen zeichneten am Schluß der Versammlung Unterfertigungsgelder für die ausgefertigten Weber in Grimmitzau. Folgende Resolution fand eine einstimmige Annahme: „Die Zentrale Magdeburg erklärt mit der Entdeckung der „Gewerkschaft“ im Vorwärts ihre volle Sympathie; sie hat gegen die jetzt erscheinende Form keine Einwendung, doch ermahnt sie den Verbandsverband, dahin zu wirken, daß eine deutlichere Schrift den älteren oder schwächeren Kollegen das Lesen besser ermöglicht.“

Mainz. Generalversammlung vom 17. Januar. Kollege Heinz Schäfer erstattete namens des Vorstandes den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß das vergangene Jahr eines der arbeitsreichsten gewesen war. Die Geschichte der Zentrale mit den erledigt in 11 Monatsversammlungen, 20 Vorstandssitzungen und stimmungsfestungen, 1-Platzversammlungen, 5 Zusamungen der vereinigten Arbeiter auswärts, zusammen 54 Zusammenkünfte. Die Gesamteinnahmen betragen 2675,83 Mk., die Gesamtausgaben 1579,71 Mk. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: An die Hauptzentrale wurden gezahlt 1163,39 Mk., Verwaltungskosten 210,10 Mk., Agitation 97,98 Mk., Kranken-, Sterbe- und sonstige Unterhaltungen 317,38 Mk., sonstige Ausgaben 979,98 Mk. Der Bestand der Kassakasse betrug am 1. Januar 1903 825,30 Mk., am 1. Januar 1904 1296,12 Mk. Mitgliederzahl 1. Januar 1903 192, 1. Januar 1904 399. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als 1. Vorsitzender J. L. Schäfer, als

stättiger Barth, Ferner Heinz Schäfer (Gasfabrik), Ludwig Schäfer (Tiefbauamt), Alodner Haben, Zumpff (Patentamt), Mühl (Gasamt) und Heinz Adler (Gasfabrik). Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Klein (Heimungsamt), Dreide (Tiefbauamt) und Jos. Mühl (Hafen). Alsdann wurden noch mehrere Interne erledigt und nach einem trefflichen Zutrittstort des Vorsitzenden, aus dem kommenden Jahr fest zur Fabrik zu stehen und nachdem man noch den tapferen kämpfern in Grimmitzau mit der Vornahme einer Zellerfassung gedachte, fand die Versammlung ihren Schluß.

Fürzheim. Generalversammlung am 25. Januar im Zwofli. Besuch gut. Der Vorsitzende Gierbach gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Bericht von der süddeutschen Konferenz; 2. Bericht des städtischen; 3. Quartalsbericht; 4. Wahlen des Gesamtvorstandes, eines Gewerbegerichtsbeisizers, von Generalversammlungsmitgliedern zur Ersatzkassakasse, zweier Quartalsdelegierten und dreier Krankekontrollen; 5. Krankegeld Zusatz; 6. Bericht über den. Wer Eintritt in die Tagesordnung beantragte Kollege Zwertheger, für die Generalversammlung einen unparteiischen Vorsitzenden zu wählen, worauf Kollege Licht mit der Zeitung der Generalversammlung beauftragt wurde. Kollege Gierbach gab hierauf den Bericht über die süddeutsche Konferenz und betonte, wie notwendig dieselbe gewesen ist um die Agitation in Süddeutschland zu fördern. Dem städtischen Müller wurde nach Verlesen der Abrechnungen Debarge erteilt. Kollege Licht gab den Quartalsbericht und führte unter anderem aus, daß das Quartals den Gewerkschaften den Vorschlag macht, am 1. April 1904 ein Arbeitersekretariat zu errichten, wozu ein jeder organisierte Arbeiter 2 Pf. pro Woche zu entrichten hätte; die Kosten der Einrichtung, welche auf etwa 500 Mk. veranschlagt waren, müßten durch freiwillige Beiträge gedeckt werden. Der Vorschlag wurde allgemein gutgeheißen. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Gierbach wieder als 1. Vorsitzender, Kollege Geber als 1. stättiger, Kollege Maier als 1. Schriftführer, Kollege Pantel als 2. Vorsitzender, Kollege Jung als 2. stättiger, Kollege Werk als Internatlicher Kollege Licht als 2. Schriftführer, sowie als Revisoren die Kollegen Keller und Zanger wiedergewählt. Als Gewerbegerichtsbeisizer wurden Gierbach und Diez vorgeschlagen. Als Generalversammlungsmitglieder zur Ersatzkassakasse wurden die Kollegen Gierbach, Pantel, Krüger, Diez und Licht gewählt. Als Quartalsdelegierte wurden die Kollegen Zwertheger, Licht, Krüger und Pantel gewählt. Der Schriftführer verlas das Statut der Krankegeld Zusatzkassakasse, nach welchem jedes Mitglied nach halbjährlicher Marenzeit pro Arbeitstag 50 Pf. erhält. Als Krankekontrollen wurden die Kollegen Kling, Schwäbe und Krüger gewählt. Darauf wurde berichtet, daß in letzter Zeit ein neuer Verein im städtischen Gaswerk entstanden ist, welcher sich Unterfertigungsverein nennt, in Wahrheit aber eine Agitation gegen den Verband entfaltet. Dieser Verein wurde durch unsere früheren Vorsitzenden Panmann und den Arbeiter Schwarz ins Leben gerufen, um bei den Vorgesetzten lieb und zu werden. Das ist der selbe Verein, bezugnehmend es bei der letzten Generalversammlung so kurzweilig klang. Die Kollegen brachten ihm früher das größte Vertrauen entgegen, das er aber durch sein häßliches Verhalten gründlich eingebüßt hat. Arbeiter Schwarz, unser früherer Revisor, machte aus einem Wirtschaftsprüfer derartige lägenhafte Verleumdungen, daß Kollegen vor der Betriebsleitung Rechenschaft ablegen mußten. Und wer weiß, was geschehen wäre, wenn Kollege Gierbach nicht das Handwiel aufgedeckt hätte. Der Verein wird von den organisierten Kollegen „Heilsarmee“ genannt. Ihm gehören Abtrünnige an und solche, welche, wenn sie sich nicht abgemeldet hätten, wegen Nichtbezahlen der Beiträge hätten ausgeschlossen werden müssen. Für die Grimmitzauer wurden aus der Verbandskasse 20 Mk. bewilligt und durch eine Zammelliste waren weitere 12,50 Mk. aufgebracht worden. Mit einem Hoch auf die Organisation und ihr ferneres Gedeihen schloß der Vorsitzende um 12 Uhr die Versammlung.

Zettin. Mitglieder Versammlung am 17. Januar. Bevor der Vorsitzende, Kollege Ziem, die Versammlung eröffnete, bot er der Versammlung einen Jahresbericht. Die Abrechnungen vom vierten Quartal und vom Gesamtvermögen wurden für richtig befunden und genehmigt. Die Rechnungen ergaben folgendes Resultat:

Vorsitzender Ziem, Stellvertreter Grundemann; stättiger Pollack, Stellvertreter Niedel; Schriftführer Kerber, Stellvertreter Jochle; Reisinger Grosmann und Pestina; Massenrevisoren Meißner und Weidenbauer; Quartalsdelegierten Grundemann und Pentzer. In die Krankekommission wurden gewählt die Kollegen Grundemann, Grechmann, Madrow, Moldenbauer, Sametier, May und Wegewarth. Es waren zwei Unterfertigungsanträge eingelaufen. Der eine des Kollegen Z. B., wurde nach Prüfung der Verhältnisse abgelehnt werden, während dem Kollegen A. 10 Mk. angewiesen wurden. Zudem wurden die Kollegen aufgeführt, die öffentliche Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Ein Antrag des Kollegen Pollack, wonach die Kollegen, welche 2-1 Tage in der Woche fern sein müssen, für diese Wochen Zeit machen können dürfen, wurde angenommen. Die Parteiregelung-Gabe Kosenrath wurde dem Hauptvorstand überwiesen.

Zettin II. Zentralsversammlung vom 5. Januar 1904. In den Zentralsverband wurden die Kollegen Stahl, Nödel, Samann und Meißner gewählt. Hier die Person der Arbeiter erkrankt sich eine Debatte und wurde angeregt, in nächster Versammlung

eine Kommission zu wählen, welche sich mit dieser Angelegenheit näher befassen soll. Ueber den Gasmeister Zwaller wurden lebhaftere Klagen geführt, weil er das Personal so schlecht behandelt. Kerner wurde angeregt, daß die Sektionen II und III in der nächsten Zeit gemeinsam tagen, zwecks Beratung ihrer gemeinschaftlichen Angelegenheiten. Bezüglich des Versammlungsortes wurde beschlossen, für die Folge beim Genossen Meier, Galswiese 25, die Versammlungen abzuhalten, da der vormalige Vereinsort nicht einmal 50 Pfennige für die Sitzungsleiter übrig zu haben erklärte.

**Würgburg.** Versammlung vom 24. Januar. Kollege Köhn verlas den Massenbericht pro viertes Quartal, der eine kleine Verbesserung der Ahtalverhältnisse auswies. Der Bericht wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Kollege Merinsin gab in kurzen Zügen den Bericht der händelnden Konferenz in Stuttgart. In der darauffolgenden Diskussion wurde die von der Konferenz angeregte staatenkundliche Vorberhand nicht genehmigt, bis die Ahtalverwaltung diesbezüglich eine bessere Unterlage in die Hände habe. Die Wahl der Ahtalverwaltung ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender Georg Wächter, Kassierer Valentin Köhn, Schriftführer Hermann Merinsin, Revisor Georg Thiem und Philipp Eisten, Revisoren Michael Adler und Philipp Wolf. Ueber „Zweck und Nutzen des Gewerkschaftsartikels“ referierte Kollege Bücklein unter großem Beifall. Er schilderte den großen Gewerkschaftsstreit und wie aus andern Vergleichen nach, wie notwendig es ist, sich dem Gewerkschaftsartikel anzuschließen. Die Versammlung beschloß, dem stattell zu treten und wählte folgende Mandatdelegierte: Maspar Müller und Bruno Dürr, denen ein Sitzungsgeld von 40 Pf. aus der Ahtal-Kasse einstimmig zugesprochen wurde.

**Rus den Staats- und Gemeindebetrieben.**

**Berlin.** Die Arbeiter der händelnden Mannschaften richteten im Juni vorigen Jahres eine Eingabe an die Direktion, welche die Bitte um Einführung von Wochenlohn und um Vornahme von Entlohn. Am 12. Dezember endlich erhielten sie Bescheid, daß ihre Wünsche nicht Rechnung getragen werden könne. Gründe anzugeben, welche diese Ablehnung rechtfertigten, sah man in der Verteuerung der Stadt nicht für nötig. Da Arbeiter Ausnahm, welche in händelnden Weise die Beschäftigung der Arbeiter ernennen könnten, bei der Mannschaften leider noch nicht vorhanden, so sehen sich die Arbeiter genötigt, auf diesem Wege den Lohnverhältnissen der Mannschaften und Arbeiterverhältnisse vor Augen zu führen. Die Verteuerung der Mannschaften-Arbeiter ist außerordentlich und ungewöhnlich. Nicht allein, daß diese Arbeiter mit den in händelnden unterliegenden Arbeiter im Jahre 1903 um 100 Prozent mehr Lohn erhalten, durch die Verteuerung ist sehr schnell entlohnende Fälle im Jahre zu erwarten. Deswegen schon waren solche Fälle zu vermeiden. Aber auch die Verteuerung wird durch diesen Verfall wesentlich vermindert. Von halb 6 Uhr bis abends 5 Uhr (insgesamt 11 Stunden Pause oder bei Nacht acht Stunden bei Wind und Wetter ohne jeden Lohn) auf der Straße seinen Dienst zu verrichten, das gehört natürlich zu den unangenehmsten Arbeiten. Keine Pause, in der bei händelnden Regen oder Schneegewitter das Ankleiden oder Mittagessen einzunehmen werden konnte, steht den Arbeitern zur Verfügung. Am Tage sind sie daher gezwungen, Zubehörsachen anzuschaffen, um dort die Mahlzeiten einzunehmen, was erhebliche Ausgaben im Gefolge hat. Das solche Tätigkeit frühzeitiges Ziehung zur Arbeit hat, wird jeder objektive Beobachter bestätigen. Wegen dieser, wie sie in andern Städten und auch bei der Straßenreinigung im Gebrauch sind, scheint man hier nicht zu kennen. So rechtlich sich jene Arbeit das ganze Jahr, hin und wieder einmal durchbrochen von einem freien Sonntag, der aber nicht bezahlt wird, trotzdem man von dem Arbeiter verlangt, daß er stets zur Hand ist, wenn er gebraucht wird. Fast ein Dreifacher oder ist ein Hausanruf, verflocht, so hat der Arbeiter nach der Meldung sofort zu erscheinen, ganz gleich, ob er halbtot vor Müdigkeit nach Hause gekommen ist, oder ob er frei hat. Verursacht man diese im Bereiche völliich unabwehrbaren Entlohnungen und Anforderungen an die Mannschaften, so muß man anerkennen, daß die Lohnschädigung dafür ganz ungeheuer ist. Der Anfangslohn betrug 3,50 Mk und steigt nach fünf Jahren auf 3,75 Mk und nach acht Jahren auf 4 Mk. Wie da ein Mannschaften unerschrocken sein, wo bei einer solchen Lohnschädigung die Mannschaften die ja doch bei den händelnden Arbeiter besonders betont wird, bekommen soll. Das überlassen wir der Beurteilung der Mannschaften Deputierten, die ja doch auch aus Berlin mit völliicher Erfahrung zusammengetreten ist.

**Miesfelder und Mieselwörter.** In dem Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der händelnden Arbeiter wird zum Schluß gesagt, daß sich der neue Landwirtschafsdirektor Palhaus ein großes Verdienst erwerben würde, wenn es ihm gelingen sollte, die Einnahmen aus den Gütern zu steigern. Hoffentlich geschieht Dies nicht etwa, wie jetzt durch die Verwaltung von Falkenberg, auf Kosten der Arbeiter. Wiederholt ist von uns schon darauf hingewiesen

worden, daß die Bezahlung der Wörter und Arbeiter sehr zu wünschen übrig läßt. Ein Tagelohn von 2,75 Mk. und ein Stückchen Land für Kartoffeln muß hinreichen, um die Bedürfnisse einer Familie zu decken. Der Administrator von Falkenberg hält eine solche Bezahlung aber noch für zu hoch und ruft den Leuten zu, bei einer Dienzeit von 12 1/2 Stunden bei jeder Jahreszeit für 2,50 Mk. zu arbeiten, während die Wörter in Malchow und Blankenfelde nur 6 Stunden Dienzeit tun. Da ist es dann kein Wunder, wenn dieses Gut mit einem Heberlohn von 118 300 Mk. an der Spitze der gewinnbringenden Güter steht. Es bleibt abzuwarten, ob der neue Direktor diesen unwürdigen Zustand beseitigen wird, indem er neben der Erziehung von Heberlohnern der sozialen Seite seines Wirkungskreises Rechnung trägt und die materielle Lage der Arbeiter bessert. Bisher hat man es nicht für nötig gehalten, die bestehenden Lohnverhältnissen des Personals zu bewilligen oder den Leuten nur auf ihre Gesünde zu antworten.

Die städtischen Manufakturen arbeiten noch heute nach einem seit dem 1. Dezember 1872 in Geltung befindlichen „Manufakturtarif“. Auf die vielen, von den Manufakturen seit mehr als zehn Jahren eingereichten Bitte um Aufhebung der Manufakturarbeit, hat der Magistrat vom 1. April 1898 ab eine Erhöhung der Manufakturarbeit um drei Pfennige pro Fogen, und diese Erhöhung auch nur für einen Teil der Arbeiter, einzutreten lassen und vom 1. Januar 1902 einen kleinen Bruchteil der Manufakturen als händelnde Gemeindebeamte angestellt. Auf neuerliche Verbesserungen der Manufakturen hat der Magistrat nunmehr sich endlich im Herbst des seit mehr denn 31 Jahren bestehenden Tarifs entschlossen, und die Vorherrscher der einzelnen Verwaltungsabteilungen mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifs für die Manufakturbeamten beauftragt. Eine den heutigen Lohnverhältnissen entsprechende durchgreifende Aufbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse ist natürlich auch hier am Plage.

**Wie Arbeiter behandelt werden.** Gegen den Polier Müdigler, Gasanilität Zanzigerstraße, Berlin, ging uns folgende Beschwerde zu: Der Polier Müdigler trant vor einiger Zeit mit den Mannschaften, welche hinter einem schrägen Ofen eine Reparatur zu machen hatten, eine Klaffe Bier, und sah bei dieser nächsten Befehlsführung zu, wie der Betriebsvorarbeiter Albert Wiers, der mit Montieren beschäftigt war, arbeitete. Gerade dort, wo die Montiere standen, waren einige Stühle vorbeigezogen und er bemühte sich, die Stühle zusammenzusetzen, was aber etwas unordentlich war und sich aus der Situation heraus erklärte. Müdigler sagte zu dem Arbeiter A Wiers: Gehen Sie mal hin und machen dem verfluchten Felladen seine Arbeit, dafür bekommen Sie eine Klaffe Bier. Dann antwortete er den St.: Sie Strigube, freches Zwerge usw. Zu dem Arbeiter Treibstoff sagte er u. a.: Verfluchtes Kack, ich möchte Ihnen in die Arsch haufen! Dem Arbeiter Theodor Krugwitz drehte er: Sie faules Luder, ich möchte Sie ein paar Finger runter haufen. Völliicht werfen die Kollegen von der Zanzigerstraße einige Groschen zusammen und kaufen gelegentlich dem Herrn Müdigler das bekannte Buch von Mügge.

**Verbandsteil.**  
**Adressen der Verbandseitung.**  
 Sekretariat: Berlin W. 57, Bülowstr. 21.  
 Telefon: Amt IX, 6188.  
 Geschäftsführer: Bruno Boersch.  
 Verbandskassierer: G. Wämann.  
 Redakteur der „Gewerkschaft“: S. Würger.

**Verbands-Ausschuß.**  
 D. Schulz, Hamburg, Vierter 11.

**Quittung der Hauptkasse.**  
 Für das 4. Quartal gingen an Beiträge ein: Caffel 99,85 Mk., Krantfurt a. M. 2 Rate 111,26 Mk., Göttingen 59,67 Mk., Hamburg 2168,72 Mk., Heilbronn 17,67 Mk., Bismarck 71,10 Mk., Stuttgart 1262,30 Mk., Heberlohn von der Sammlung für die ausgebeurten händelnden Gemeindearbeiter 52,79 Mk.  
 Ferner gingen im Januar ein: Von Einzelmitgliedern Nr. 17 179 1,70 Mk., Nr. 17 180 1,70 Mk., Nr. 27 177 0,90 Mk.  
 An Müdigzahlung von 2 in 2, 10 Mk., Niel Erntemann 2. Mk., G. Wämann, Hauptkassierer.

**Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1903 der „Gewerkschaft“**  
 ist zu haben. Wir haben für den verflochtenen Jahrgang unter Zeitdruck ein Inhaltsverzeichnis drucken lassen. Wir lassen jeder Annale mit nächster Zeitung ein Exemplar zugehen. Weitere Exemplare sind bei dem Unterzeichneten anzufordern.  
 Berlin W. 57. S. Würger.



den Ansehen der Ordnungsvorschriften für die kaufmännische und landliche Betriebsführung. Das vorliegende Buch, dessen Autor auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen als Geschäftsleiter großer Betriebe die behandelte Materie vollständig und jeder beherzigt, bringt an Hand einfacher Regeln, nach denen die Arbeiten in den einzelnen Zweigen der Geschäftsbetriebe sich abwickeln, die Entwürfe zweierjähriger Geschäftsordnungen mit Arbeitsplan für Klein- und Großbetriebe und Fabrikbetriebe. Nach dem Programm solcher Geschäftsordnungen geführte Betriebe bieten den Interessenten volle Gewähr für sachverständige, sichere und solide Geschäftsführung. Sehr wertvoll ist die Abwägung der Mannigfaltigkeit in der Arbeitsplanung der Geschäftsordnungen je nach dem Umfang der Betriebe, sowie das weingläufige Einwirken der einzelnen Arbeiten ineinander. Das Buch wird den vollen Erfolg aller Interessenten finden. Es ist Geschäftsverwaltenden, Aktionären, Aufsichtsräten und Juristen, sowie Verbänden allen Kaufleuten und Handelsbetrieblenen als wertvoller und praktischer Ratgeber sehr zu empfehlen.

**Wie liest man eine Bilanz?** Es ist eine leidige Tatsache, daß von der Anzahl Bilanzen, die jährlich veröffentlicht werden, nur wenige den Anforderungen der Logik entsprechen; deshalb nimmt es nicht wunder, wenn sich da viele nicht anrecht finden und aus der Bilanz nicht Holz und Harz werden. Aus dem Munde mag ja die schwebige Plauderei genügen; für die meisten Aktionäre aber ist mehr Licht und mehr Klarheit ein unbedingtes Erfordernis, um die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Unternehmung beurteilen zu können.

„Wie liest man eine Bilanz?“ ist daher eine äußerst wichtige und zeitgemäße Frage, besonders wo die bekannten Zusammenbrüche von Banken und anderen Aktienunternehmungen der letzten Jahre noch in frischer Erinnerung sind. Sie wird in einer lebend erschienenen, von dem bekannten Professor der Höheren Handelsschule in Stuttgart Theodor Huber unter diesem Titel verfaßten Schrift (Mithras-Verlagsbandlung, Stuttgart, Preis 1 Mk.) in anschaulicher Weise und mit praktischen Beispielen belegt beantwortet. Das Buch, dem drei Bilanzübersichten beigegeben sind, bietet eine leicht fähliche Einführung in das Verständnis der Bilanzen; es bringt außerdem noch eine Anleitung, das Geschäftsergebnis am Ende jedes Monats ohne Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zu ermitteln.

In 10 Abschnitten: Die Bilanzformen. — Auswüchse in der Bilanzform. — Aktiva und Passiva. — Die Entwertung der Bilanz beim Abschluß. — Die Bedeutung der Monatsbilanzen. — Die Ermittlung der Geschäftsergebnisse. — Gewinn- und Verlustrechnung. — Weitere Belegteile und Zahlungen. — Die Verteilung einer Bilanz. — Die Ermittlung des Geschäftsergebnisses je am Ende des Monats. — behandelt der Verfasser den reichen und außerordentlich wichtigen Stoff. Die Hubersche Schrift ist eine hochbedeutende Neuerscheinung in der kaufmännisch-inventuellen Literatur und verdient weite Verbreitung. Unbedingt wichtig ist dieselbe für Aktionäre, Aufsichtsräte, Banken, Bankdirektoren, Direktoren von Aktiengesellschaften jeder Art, Handelskammern und Handelsräte, Handelschulen und Buchhalter, wie überhaupt für jeden Kapitalisten.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis zu das Vierteljahr ist 0,80 Mk. ohne Postgeld, unter Streifenband 1 Mk. — Anzeigen kosten die dreizehnpaltige Zeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands Mitteilungen und Mitglieder 0,15 Mk. netto.

**Coteniiste des Verbandes.**

**Gottlieb Weiler-Stuttgart.**

**Karl Siegler-Stuttgart.**

*(Ohre ihrem Andenten!)*

**Breslauer Kollegen!**

In Verbands-, Agitations- und Factionsangelegenheiten wolle man sich an den Ortssekretär für Breslau und Umgegend

**Fritz Mehrlein, Viktoriastr. 3 IV.**

wenden.

**Der Verbands Vorstand.**

**Dresdener Mitglieder!**

Die richtige Telefon-Nummer unseres Ortsbureaus ist

**Amt I, 1425.**

Bitte ins Rotzbuch zu schreiben!

**Die Gewerkschaft**

**Jahrgang 1903**

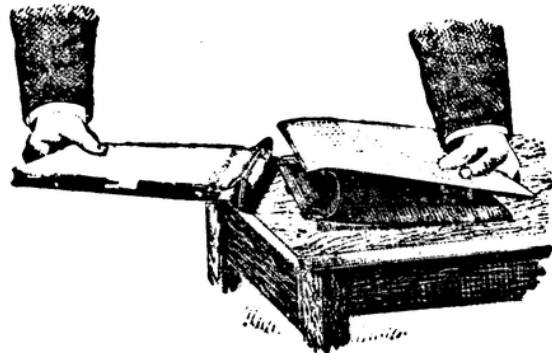
mit Inhaltsverzeichnis

sauber gebunden vorläufig Preis pro Band 1,50 Mk. inkl. Porto.

Bestellungen an Heinrich Bürger, Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Der Berliner Ausgabe dieser Nummer liegt ein Aufruf des Vorstandes des Allgemeinen Bau-, Spar- und Wohnungsvereins „Solidarität“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, bei.

**Für Gewerkschaftsleser, Stadtverordnete, Mitglieder, Verbandsfunktionäre, Schriftführer usw.**



**Filial-Vorstände**

**Sektions-Vorstände**

**Wer Ordnung hält, spart Zeit und Mühe!**

Wie oft hat mancher Gewerkschaftsfunktionär längere oder kürzere Zeit vor Besuch einer Versammlung oder Sitzung eifrig nach einer bestimmten Notiz im Verbands-Blatte gesucht oder diese und jene Nummer der Zeitschrift, um sie schließlich nicht zu finden. Das war sehr verdrücklich und bräute, abgesehen von Zeitverlusten, Verärgernissen usw., noch andere Unannehmlichkeiten für den einzelnen oder auch einen größeren Kreis. Es liegt im Interesse der Sache, daß die Beteiligten die Verbands-Zeitschrift stets ordnungsgemäß gesammelt zur Hand haben. Dazu dient

**Der Selbstbinder**

den wir zum billigen Preise von 2,25 Mk. inkl. Porto abgeben. Ausführung einfach und dauerhaft, kein Kleben, kein Durchlöcher, keine Verwundung des Papiers. Zusammenbau einfach und schnell. Ein Griff genügt um einen ganzen Jahrgang zu binden oder zu lösen. Die Filial- und Sektionsvorstände werden durch Bestellungen zu sammeln und im Interesse der Fortschrittlichkeit der Verband mit der Bestimmung versehen kann.

Der Selbstbinder ist auch in besserer Ausführung mit Interferenz zu haben. Der Selbstbinder ist in den verschiedenen Größen (Format Normal, Format Großformat, Format Querformat) zu haben. Preis 1,75 Mk. inkl. Porto.

Verbrauchsanweisung befindet sich an der Innenseite jedes Selbstbinders. Bestellungen an den Herausgeber.

**Heinrich Bürger, Berlin W. 57, Bülowstr. 21.**

# Achtung! Dresden!

Freitag den 19. Februar 1904

## Grosser Fastnachts-Ball im „Trianon“.

Humoristische Vorträge, Kostüme, Tanz usw. Gute Arrangements sind getroffen.

Anfang 7 Uhr. Ende 3 Uhr.  
Karte à 20 Pfennig.  
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein  
Die Verwaltung.

**Im Erscheinen befindet sich:**

**Meyers Sechste, gänzlich Neubearbeitete und vermehrte Auflage.**

**Grosses Konversations-Lexikon.**

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

148.000 Artikel u. Verweisungen.  
11.000 Abbildungen.  
1400 Tafeln und Karten.

### Stettiner Mitglieder!

In sämtlichen Angelegenheiten, wie Unterstützung, Krankheitsleistung, Sterbefällen usw. ist die Meldung stets dem Vorstehenden erst zu machen.

Der Vorstand.  
Karl Stern, Antillenstr. 4, Hof 2 Tr.

Das Blumengeschäft

Theodor Pagé, Memelerstr. 68, empfiehlt sich den geehrten Kollegen zur Anfertigung von Vereinsstränzen sowie sämtlichen Anderen.

Deutsche erfindung. Roland-Fabrik der auf Wunsch auf Teilzahlung.

Anzahl 30 in Mk. Abzahl.  
8-15 Mk. monatlich. Gegen Barzahlung liefert die Fabrik Radmaschinen 70 Mk. an. Man verlange ein-nost Preisliste

**Roland-Maschinen-Gesellschaft.**  
in Köln 637, Rolandstr. 6

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“.

Annahmen, Mitgliederannahmen, Auskunft in der Geschäftsstelle  
Berlin W. 57, Palowstr. 21.

Verlag: In Vertretung des Verbands der in Gemeinde- und Staat-Verwaltungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Bruno Pöschel, Berlin-Charlottenburger Redaktion: G. Bürger, beide Berlin W. 57, Palowstr. 21. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 68, Udenstr. 10.

## Bilanz vom 1. Juli bis 30. September 1903.

An Bestand per 1. Juli		Per Bureaukosten:	
Monnens	694 26	Materialien u. Inventar	340,92
Beiträge der Sektionen pro II. und III. Quartal, sowie Ertragsbeiträge:	15 —	Beleuchtung Juni 1902 bis September 1903 <sup>1)</sup>	80,97
Sektion I	333,06	Telephon Januar bis September 1903 <sup>2)</sup>	72,50
Ia	300,15	Feuerung Oktober 1902 bis April 1903 <sup>3)</sup>	22,96
Ib	417,65	Reinigung 3. Quartal	21,—
II	235,40	Hilfsarbeiten	300,25
III	172,55	Miete Januar bis September 1903	225,—
IV (Engl. Anstalten)	5,—	Porto 3. Quartal	60,—
VI <sup>4)</sup>	319,05	Veranstaltungen	8,—
VII	140,60	Zeitungen usw. 3. Quartal	27 95
VIII	36,90	Gebalt	625,—
IX	475,15	Beitrag für die Gewerkschaftskommission 1. und 2. Quartal	164 45
X	124,50	Sitzungsgelder für Vorstand und erweiterte Verwaltung	65 50
XI	288,65	Drucksachen	182 75
XII	21,45	Agitation, spezielle	19,—
XIII	59,85	Zunahme Unkosten	31 75
XIV	39,90	Bestand	2198 24
XV <sup>5)</sup>	69,50		
XVI	75,80		
XVII	21,—		
XVIIa	21,—		
Friedrichshagen	92,75		
Nichtenberg	70,10		
Mirdorf	73,30		
Schöneberg	22,97		
Schmargendorf	298,55		
Tegel	101,—		
Wilmersdorf	12,15		
Einzelmitglieder	9,45		
Summe	3745 42		
Marl	1451 68		
		Summe	1154 64

Einnahme . . . 1154,68 M.  
Ausgabe . . . 226,40 „  
Bestand . . . 2198,28 M.

Revidiert und für richtig befunden:

Carl Schabel, Paul Vosskart.

Berlin, den 20. Januar 1904.

Der Älteste Vorstand, A. A. O. Zaubert.

<sup>1)</sup> Nicht Ertragsbeitrag. <sup>2)</sup> Nicht Ertragsbeitrag. <sup>3)</sup> Vom Hauptverwalter nachträglich eingereicht.

## An die Gärtner, Parkarbeiter usw. der Stadt Berlin!

Montag den 8. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr

### Große öffentliche Versammlung in den Arminhallen, Kommandanten-Strasse 20.

Tagesordnung:

„Unsere Lage und Forderungen.“

Redner: Stadtverordneter und Mitglied der Stadtdeputation **Fritz Zubeil**. Redakteur: **Heinrich Bürger**.

Alle Mann auf Deck!

### An das Personal der Berliner städtischen Kranken- und Irrenhäuser!

Urban, Wobau, Friedrichshain, Kinder-Krankenhaus, Falldorf, Herberge und Wuhlgarten. (Pfleger und Pflegerinnen, Hausdiener, Maschinenisten, Handwerker, Kochmädchen, Reinmache, Zehner und Köchinnen, landwirtschaftliche Arbeiter usw.)

Mittwoch den 17. Februar 1904, abends 8 Uhr

### Gr. öffentliche Versammlung bei Dräsel, Berlin C., Neue Friedrichstr. 35.

(in der Zentral-Halle)

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Otto Nutric. 2. Diskussion 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Beteiligten ist Ehrensache.

Der Einberufer.